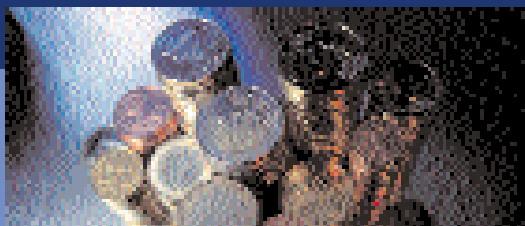


Jahresbericht 2002



Schwerpunkte

- Unternehmensfinanzierung
- Regionale Zusammenarbeit
- Partnerschaft Schule - Wirtschaft
- Maritime Wirtschaft



Handelskammer
Bremen



Industrie- und Handelskammer
Bremerhaven

Vorwort

Bremen hat sich in der allgemein angespannten Konjunktur im Jahr 2002 vergleichsweise gut behauptet. Mit einem Wirtschaftswachstum von 0,5 Prozent lag die Freie Hansestadt in der ersten Jahreshälfte 2002 weiterhin über dem Bundesdurchschnitt von -0,4 Prozent. Auch wenn dieses Wirtschaftswachstum insgesamt nicht befriedigen kann, so zeigt sich daran doch, dass sich Bremen im Strukturwandel auf einem positiven Weg befindet.

Bremen und Bremerhaven haben viel in die Zukunft des Zwei-Städte-Staates investiert. So wurden die Innenstädte modernisiert und unterstreichen jetzt noch deutlicher als bisher die oberzentrale Funktion der Hansestadt Bremen und der Seestadt Bremerhaven. Auch in vielen anderen Bereichen hat sich unser Bundesland in den zurückliegenden Monaten regional wie überregional weiter profiliert. Die positiven Entwicklungen beispielsweise im Technologiepark rund um die Universität Bremen oder im Bereich der Bio- und Nahrungsmitteltechnologie in Bremerhaven sprechen eine deutliche Sprache.

Für die unverändert fest in ihren Regionen verankerten Kammern hat sich gezeigt, dass durch eine projektbezogene Bündelung der Kräfte für die regionale Wirtschaft viel erreicht werden kann. Regionale Zusammenarbeit lautete daher einer der zentralen Begriffe im vergangenen Jahr. In der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord) haben die Handelskammer Bremen und die IHK Bremerhaven gemeinsam mit den elf weiteren beteiligten Kam-

mern aus dem norddeutschen Raum an der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Förderung der maritimen Technologie und Forschung, dem notwendigen Umbau des Bildungssystems in Deutschland oder der Entwicklung der Tourismuswirtschaft gearbeitet.

Einen besonderen Schwerpunkt bildete die Entwicklung des Bildungssystems in Bremen und darüber hinaus. Schon lange vor der Veröffentlichung der Ergebnisse der Schulleistungsstudie Pisa hat sich die bremische Wirtschaft mit zahlreichen Projekten für deutliche Verbesserungen eingesetzt – in der Qualität des Schulunterrichts, aber auch in der Förderung der ökonomischen Bildung in allen Schularten.

Im Mittelpunkt des Jahres 2002 standen auch die für viele Unternehmen immer brennender gewordenen Fragen der Mittelstandsfinanzierung. So hat die Handelskammer Bremen mit Hilfe des Deutschen Industrie- und Handelskammertags (DIHK) beispielsweise durchgesetzt, dass die Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) grundlegend überarbeitet und mit der deutschen Wirtschaft besser abgestimmt werden, als dies bei der ursprünglichen Fassung der Fall war.

Darüber hinaus haben sich die Kammern nachdrücklich für mittelstandsfreundliche Rahmenbedingungen eingesetzt und werden die bremischen Unternehmen weiterhin darin unterstützen, sich gegen wirtschaftsschädigende Entscheidungen auf Bundesebene zur Wehr zu setzen. Der

Erfolg der Beibehaltung der insbesondere für unseren maritimen Wirtschaftsraum wichtigen Tonnagesteuer ist ein Beispiel dafür.

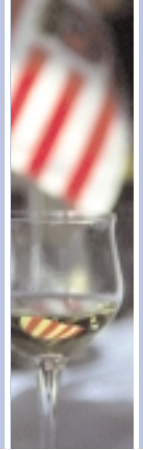
Bremen und Bremerhaven haben im Strukturwandel viel erreicht. Gerade im Vorfeld der in diesem Jahr anstehenden Bürgerschaftswahl und der Kommunalwahl in Bremerhaven ist es wichtig, dass vor allem die Stimmungslage in den Unternehmen wieder nachhaltig verbessert wird. Die beiden Kammern haben daher Wahlprüfsteine vorgelegt, in denen sie Schwerpunkte nennen, die aus Sicht der Wirtschaft die Voraussetzung für die Beibehaltung des standortstärkenden Kurses der Freien Hansestadt sind. Diesen Weg gilt es konsequent zu verfolgen – für ein zukunftsorientiertes Bundesland Bremen.

Dr. Dirk Plump (Präses)
Peter H. Greim (Präsident)
Dr. Matthias Fonger (Hauptgeschäftsführer und I. Syndicus)
Michael Stark (Hauptgeschäftsführer)

Inhalt

Konjunkturbericht	2002 war konjunkturell ein schwaches Jahr 4
Schwerpunkte Bremen – Bremerhaven	Für ein lebendiges Bremen – Chancen und Perspektiven für den Mittelstand 6 Stärke durch Kooperation – Zukunft der regionalen Zusammenarbeit 8 Schule-Wirtschaft: Partnerschaften und Patenschaften für die Zukunft 10 175 Jahre Bremerhaven: Ein maritimer Standort mit Zukunft 13
Leistungsbilanzen Bremen	Mittelstand, Stadtentwicklung 16 Industrie, Innovation, Umwelt 18 International 20 Handel, Dienstleistungen, Recht 22 Verkehr, Häfen, Regionalplanung 24 Aus- und Weiterbildung 27 Zentrale Dienste 29 Öffentlichkeitsarbeit 30
Leistungsbilanzen Bremerhaven	Standortpolitik 32 Starthilfe und Unternehmensförderung 34 Aus- und Weiterbildung 34 Umwelt 36 International 36 Recht 37 IHK Service 38
Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen	Das Ehrenamt in Bremen 40 Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen 41 Geschäftsbereiche Bremen 41 Das Ehrenamt in Bremerhaven 42 Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven 43 Geschäftsbereiche Bremerhaven 43 Stellungnahmen der Handelskammer Bremen 44 Stellungnahmen der IHK Bremerhaven 46
	Impressum 47

Konjunkturbericht



2002 war konjunkturell ein schwaches Jahr

Entgegen aller Hoffnungen konnte sich die Weltwirtschaft im Verlauf des Jahres 2002 nicht von der globalen Konjunkturschwäche erholen. So verlief der Aufschwung in den USA weit schleppender als noch zu Jahresbeginn erwartet wurde. Auch im Euroraum war nur eine zögerliche Erholung bemerkbar. In Japan und in Lateinamerika waren rezessive Tendenzen zu beobachten. Robust verlief dagegen die Konjunktur in Mittel- und Osteuropa, freundlich entwickelte sich die Wirtschaftsleistung in Asien. Insgesamt wurde mit rund 2,8 Prozent globalem Wirtschaftswachstum jedoch ein nur geringfügig über dem unbefriedigendem Vorjahr liegendes Ergebnis erzielt.

Die konjunkturelle Entwicklung Bremens konnte sich davon nicht abkoppeln. Auf Grund der schwachen Binnennachfrage in Deutschland bei gleichzeitig rückläufigen Impulsen aus dem Auslandsgeschäft – und dies, obwohl der stabile Dollarkurs den Export stärkte – zeigte sich quer durch alle Branchen eine Verschlechterung der Ertragslage. Von der allgemein zu beobachtenden Zunahme der Unternehmensinsolvenzen blieb daher auch Bremen nicht verschont. Das Wachstum des Bruttoinlandsproduktes, das sich in Bremen bis zur Jahresmitte auf 0,5 Prozent verlangsamte, konnte auch bis Jahresende keinen Boden gutmachen. Gleichwohl lag das Wirtschaftswachstum immer noch spürbar über dem Bundesdurchschnitt. Die Tendenz am Arbeitsmarkt zeigte nach zwei positiven Vorjahren nun wieder abwärts: Die Zahl der Arbeitslosen nahm im Jahresverlauf um gut zwei Prozent zu.

Das konjunkturelle Schlusslicht in Bremen bildete auch im Jahr 2002 die Bauwirtschaft. Im Einzelhandel sowie in der Gastronomie machte sich die Konsumzurückhaltung der Verbraucher ebenfalls sehr deutlich bemerkbar. Unter der schleppenden Binnennachfrage litten auch der Import- und der Binnengroßhandel.

Während im Kreditgewerbe ein rückläufiges Firmenkreditgeschäft, wachsende Ausfallrisiken und sinkende Provisionseinnahmen das Geschäft belasteten, entwickelte sich das Versicherungsgewerbe trotz steigender Schadensaufwendungen insgesamt vergleichsweise stabil. Für Impulse sorgten der Markt für industrielle Risiken sowie der privaten Altersvorsorge.

Im Verkehrsgewerbe zeigte der Konjunkturtrend insgesamt leicht nach unten. Die bremischen Häfen konnten trotz eines schwachen Jahresstarts das überragende Vorjahresergebnis beim Gesamtumschlag leicht übertreffen. Insbesondere im Containerbereich und beim Automobilumschlag wurde gegenüber dem Vorjahr ein Plus verbucht.

Die schleppende Konjunktur machte auch vor den unternehmensbezogenen sowie den sonstigen Dienstleistungen nicht halt. So verzeichneten die Unternehmen angesichts der allgemeinen Investitions- und Konsumzurückhaltung z. T. deutliche Ertragsrückgänge. Behaupten konnten sich im schwierigen konjunkturellen Umfeld indes noch weitgehend die Industrie und der Exporthandel, wobei hier vor allem das Auslandsgeschäft unterstützend wirkte.

Auch wenn die bremischen Unternehmen insgesamt mit einer geringfügigen Verbesserung der Situation rechnen, dürften auch im Jahr 2003 angesichts der neuerlichen Belastungsfaktoren für die Binnenkonjunktur – steigende Steuern und wachsende Sozialabgaben – ein deutlicher Wachstumsschub und eine Belebung am Arbeitsmarkt ausbleiben. So fehlt es dem Standort Deutschland an geeigneten wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Verbesserung der Konjunktur. Die vernünftige Standortpolitik in Bremen wird weiterhin durch negative Effekte der Bundespolitik überlagert.

Die konjunkturelle Entwicklung Bremens litt im Jahr 2002 unter der allgemeinen Wachstumschwäche. Gleichwohl lag das Wirtschaftswachstum immer noch spürbar über dem Bundesdurchschnitt.



„Norwegian Sun“ auf der Lloyd-Werft



Schwerpunkte Bremen – Bremerhaven

Für ein lebendiges Bremen – Chancen und Perspektiven für den Mittelstand

Bremen ist eine Stadt des Mittelstandes. Die Leistungsstärke seiner Wirtschaft wird nicht nur von vitalen Großbetrieben in Industrie, Handel und Logistik, sondern in entscheidendem Maße auch von kleinen und mittleren Unternehmen geprägt. Gerade die Handelskammer wird sich konstruktiv für eine Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen einsetzen, die die unternehmerischen Spielräume vergrößern und die Investitionskraft stärken. Die Handelskammer hat – wie schon in den Vorjahren – in einer Vielzahl von Veranstaltungen und Dialogforen, Seminaren und Workshops Stellung zu Fragen und Problemen kleiner und mittlerer Unternehmen in Bremen bezogen. In einem weiteren Schwerpunkt hat sie sich den Chancen und Perspektiven der Mittelstandspolitik am Standort Bremen gewidmet.

Das Spektrum der Finanzierungsinstrumente, die auch kleinen und mittleren Unternehmen zugänglich sind, wird breiter. Alle Unternehmen messen Finanzierungsfragen heute eine stärkere Bedeutung bei als früher, und sie werden intensiver als bisher Finanzierungsalternativen auf Kosten und Erträge sowie auf Verlässlichkeit prüfen. Die vorherrschende Fremdfinanzierungskultur in Deutschland wird sich vorerst zwar nicht grundlegend ändern, aber viele Unternehmen, auch kleinere, planen, in Zukunft neben traditionellen auch bisher ungenutzte Finanzierungsinstrumente einzusetzen und neue Finanzierungsquellen zu erschließen. Insbesondere die Finanzierung durch Beteiligungskapital wird an Bedeutung gewinnen.

Durch Basel II werden auf den Mittelstand einschneidende Veränderungen in seiner Finanzierung zukommen – viele Unternehmen befürchten negative Auswirkungen. Sie versuchen, ihre Bonitätseinstufung im Hinblick auf Basel II zu verbessern. Das Angebot von und die Nachfrage nach alternativen Finanzierungsformen und -quellen werden zunehmen. Gleichzeitig steigt auch der Informations- und Beratungsbedarf der Unternehmen. Viele mittelständische Unternehmen werden ihre Beziehungen zur Bank auf eine neue Grundlage stellen. Sie werden gegenüber den Kreditinstituten mehr Transparenz und Offenheit schaffen.

Im globalen Wettbewerb der Banken werden auch Hausbanken ihre Geschäftsverbindungen zum Mittelstand auf den Prüfstand stellen. In den Mittelpunkt des Kreditgeschäfts rückt künftig die Bonität des Darlehensnehmers, die nach einem speziellen Bewertungsverfahren (Rating) entweder intern oder von einer anerkannten Rating-Agentur ermittelt wird. Nach dem neuen Baseler Konsultationspapier sind die Banken verpflichtet, die Bonität eines Kreditnehmers nach Rating-Systemen zu bestimmen. Darauf bereiten sie sich schon jetzt vor.

Schon frühzeitig hatte die Handelskammer in enger Abstimmung mit der Sparkasse Bremen auf problematische Aspekte der geplanten Mindestanforderungen an das Kreditgeschäft der Kreditinstitute (MaK) aufmerksam gemacht. Durch die Initiative der Handelskammer, die vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) aufgegriffen wurde, konnten

erhebliche Erleichterungen erreicht werden. Der deutsche Mittelstand scheint damit von überzogenen Anforderungen verschont zu bleiben. Die Handelskammer wird diesen Prozess weiterhin aufmerksam begleiten, da davon auszugehen ist, dass die Anforderungen jetzt schrittweise angezogen werden.

Auch anlässlich des ersten Bremer Mittelstandstages, der auf Initiative des Senators für Wirtschaft und Häfen am 29. August 2002 gemeinsam mit der Handelskammer veranstaltet wurde, spielte das Thema Mittelstandsfinanzierung eine zentrale Rolle. Daneben informierte die Handelskammer in zahlreichen Vortragsveranstaltungen und Seminaren die kleinen und mittleren Unternehmen über wichtige Aspekte der unterschiedlichen Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung. Sie setzte sich auch auf Bundesebene für eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen für den Mittelstand ein, unter anderem mit der Forderung nach einer konsequenten Steuer- und Abgabenerlastung sowie der überfälligen Deregulierung des Arbeitsmarktes. Gerade die bestehende Steuer- und Abgabenlast, die durch die rot-grüne Koalitionsvereinbarung sogar noch weiter erhöht wird, stellt einen nicht länger hinnehmbaren Standortnachteil für die deutsche Wirtschaft dar. Sie verhindert ein Wirtschaftsklima, in dem unternehmerisches Handeln den Freiraum hat, ohne bürokratische Hemmnisse zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Dringend notwendig ist es, die Belastungsunterschiede zwischen Personenunternehmen und Kapitalgesellschaften durch Steu-



Präsident Dr. Dirk Plump auf dem ersten Bremer Mittelstandstag am 29. August 2002



ensenkungen abzubauen und die Gewerbesteuer durch eine sinnvoll gestaltete Kommunalsteuer zu ersetzen. Hinzu kommt, dass die Unternehmen dringend auf größere Spielräume warten, beispielsweise in der Frage der innerbetrieblichen Gestaltung von Arbeitszeiten, Löhnen oder Beschäftigungsformen. Die Korrekturversuche der vergangenen Jahre haben letztlich nur zu einer weiteren Verschärfung der Situation geführt. So haben die Rücknahme der Erleichterungen beim Kündigungsschutz und bei der Lohnfortzahlung, die Zunahme der bürokratischen Lasten für geringfügige Beschäftigungsverhältnisse oder der Rechtsanspruch auf Teilzeitarbeit das Gegenteil der dringend benötigten Flexibilisierung bewirkt. Weitere vordringliche Reformbereiche betreffen den Umbau des sozialen Sicherungssystems sowie die Ausgestaltung des Betriebsverfassungsgesetzes, das derzeit den Mittelstand nicht ermutigt, neue Arbeitsplätze zu schaffen.

Nicht minder problematisch wirkt sich – von der Konjunktur unabhängig – aus, dass die bürokratische Belastung der Betriebe und die Einengung unternehmerischer Gestaltungsmöglichkeiten durch staatliche Regulierung zunehmen. Über die bloße Forderung nach Deregulierung hinaus setzt sich die Handelskammer daher für die Verbesserung dieser Situation ein. Sie arbeitet derzeit gemeinsam mit weiteren Partnern, dem Senator für Wirtschaft und Häfen, dem Förderverein für Mittelstandsforschung, den Unternehmensverbänden im Lande Bremen, der Wolfgang-Ritter-Stiftung und dem Bremer Institut für Wirtschaftsforschung (BAW) als Auftraggeber an einer auf drei Jahre angelegten bremischen Mittelstandsenquête, deren Ziel darin besteht, ein zuverlässiges Bild der Lage des Mittelstandes zu liefern, das es ermöglicht, genau dort aktiv zu werden, wo es dem Mittelstand am

meisten hilft. Im Rahmen dieser Untersuchung werden konkret Handlungsfelder aufgezeigt, wie sich in Bremen bürokratische Belastungen und Überregulierungen weiter abbauen lassen.

Erste Ergebnisse liegen bereits vor. So wird die Einführung einer generellen Befristung aller neuen Rechts- und Verwaltungsvorschriften und einer gestaffelten Verfallsfrist für die geltenden Regelungen empfohlen, ebenso die Überprüfung bestehender Rechts- und Verwaltungsvorschriften sowie die Überprüfung der Entwürfe und Novellierungen von Rechts- und Verwaltungsvorschriften. Prüfkriterien sollen sich an den Fragen orientieren, ob eine Rechtsvorschrift überhaupt notwendig ist und wie ihre Folgewirkungen sind. Vorgesprochen wird auch die Einführung einer Mittelstandsklausel bei Vorlagen für Senat, Bürgerschaft sowie Deputationen. Besondere Empfehlungen sind darüber hinaus bei den Spezialthemen Baurecht und Umweltrecht vorgesehen.

Der DIHK-Mittelstandsausschuss hat sich unter Mitwirkung der Handelskammer dafür ausgesprochen, das Thema Subventionsabbau und Privatisierung noch stärker zu positionieren. Hierin sollte auch ein „Subventions-Controlling“ vorgesehen werden, das Erfolgskontrollen, eine klare Prioritätenstruktur sowie Rückzahlungsverpflichtungen enthält.

Nach Auffassung dieses Ausschusses ließen sich in einem ersten Schritt schon in der neuen Legislaturperiode in allen öffentlichen Haushalten rund 30 Mrd. Euro pro Jahr freisetzen, wenn alle bestehenden Subventionen linear gekürzt, degressiv gestaltet und zeitlich befristet würden. In einem zweiten Schritt muss die Struktur der Subventionen mit dem Ziel überprüft werden, strukturkonservierende Erhaltungshilfen zu verringern sowie Anpassungs- und

Produktivitätshilfen auszubauen.

Auf Bremen übertragen heißt dies, dass es vorrangig um mehr Transparenz und Effizienz in der Mittelstandsförderung gehen muss. Die Vielzahl kaum noch überschaubarer Förderprogramme des Landes, Bundes und der Europäischen Union (EU) stellt gerade die mittelständischen Unternehmer vor große Probleme. Die Handelskammer spricht sich daher dafür aus, die Qualität der Mittelstandsförderung nicht an der Vielzahl der Förderprogramme zu messen, sondern das Programmangebot auf das Notwendige zu begrenzen, eine Effizienzkontrolle einzuführen und damit auch Mitnahmeeffekte weitgehend auszuschließen.



Stärke durch Kooperation – Zukunft der regionalen Zusammenarbeit

Der Wirtschaftsraum Nordwestdeutschland zwischen Elbe, Weser und Ems steht in einem großräumigen Standortwettbewerb zu anderen Regionen. Angesichts der besonderen geographischen Lage und eines derzeit schwierigen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes sollte es gemeinsames Ziel in der Region sein, die vorhandenen Kompetenzvorsprünge gegenüber anderen Regionen zu identifizieren, zu behaupten und weiter auszubauen sowie die bestehenden Standortschwächen zu benennen, zu bewerten und Lösungswege aufzuzeigen.

Um diese Standortanalyse zeitnah zu den in Bremen und Niedersachsen anstehenden Wahlen mit wirtschaftspolitischen Forderungen und Handlungsempfehlungen zu verknüpfen, plant die Handelskammer für den Beginn des Jahres 2003 einen gemeinsamen Kongress „Zukunft Nordwest“ mit den fünf nordwestdeutschen Kammern Bremerhaven, Oldenburg, Emden, Osnabrück und Stade. Dabei sollen jene standortpolitischen Notwendigkeiten aufgezeigt werden, deren Umsetzung den Standort Nordwestdeutschland wirtschaftlich und strukturell nachhaltig stärken.

Ziel dieser Veranstaltung wird sein, dass eine vorausschauende regionale Standortpolitik für die Region – auch im Hinblick auf die zunehmenden Verflechtungen der Kommunen und Gebietskörperschaften im nordwestlichen Niedersachsen einschließlich Bremens – zu einer abgestimmten Entwicklungsstrategie führen muss. Dies setzt eine von allen Beteiligten getragene praxistaugliche Regionalkooperation voraus. Für eine solche Politik bietet sich eine Reihe von Bereichen mit gemeinsamen Interessen an, beispielsweise Gewerbeflächen-

und Siedlungskonzepte, Verkehr, Umweltschutz, Entsorgung, Energieversorgung, Tourismus, Kultur sowie Natur- und Erholungsflächen.

Auf Grund der geographischen Verknüpfung Bremens mit seinem Umland bestehen aber auch ganz konkrete gemeinsame Entwicklungsziele, etwa in Bereichen wie dem Bremer Kreuz, der B 212 (neu), der Hollerlandtrasse oder auch dem öffentlichen Personennahverkehr. Allein um hier voranzukommen, sollte Bremen enge planerische und politische Kontakte zu den Umlandgemeinden halten.

Deutlich stärker gilt dies auch für die Hafenpolitik. Denn insbesondere von den Hafenstandorten der Region gehen maßgebliche Impulse für die regionale Wirtschaft und damit auch für den regionalen Arbeitsmarkt aus. Eine engagierte Standortpolitik muss daher der Entwicklung der Häfen eine hohe Priorität beimessen und der Konkurrenzsituation zu anderen Häfen in Nordeuropa Rechnung tragen. Dazu gehört, die Umschlagskapazitäten den Markterfordernissen entsprechend auszubauen und die Realisierung des Jade-Weser-Ports als Gemeinschaftsprojekt der norddeutschen Länder anzugehen. Durch die Intensivierung der Zusammenarbeit der bremischen und niedersächsischen Häfen können insbesondere die sich aus dem Projekt Jade-Weser-Port ergebenden Chancen genutzt und in eine dynamische Entwicklung des Unterweserraumes umgemünzt werden.

Für den Bereich der Regionalplanung gilt im Grundsatz, dass wirtschaftsrelevante Planungs- und Entscheidungsprozesse

durch die Existenz von Länder- oder Verwaltungsgrenzen weder verzögert noch blockiert werden sollten. Das von inzwischen 30 Städten und Gemeinden sowie fünf Landkreisen getragene gemeinsame Projekt eines interkommunalen Raumstrukturkonzeptes (INTRA) sollte dabei ergebnisorientiert genutzt werden. Ziel muss die intensive Abstimmung und Verzahnung der Siedlungs-, Freiraum-, Verkehrs- und Infrastrukturentwicklung zwischen den Kommunen sowie ein optimierter Fördermitteleinsatz sein.

Voraussetzung für die Umsetzung gemeinsamer Projekte sowie für die Entwicklung langfristiger Konzepte und Projekte sind arbeitsfähige und – zumindest in Teilbereichen – entscheidungsbefugte Strukturen, die aus eigener Kompetenz vordenken und Entwicklungen anstoßen können. Die bisher geschaffenen Institutionen wie die Regionale Arbeitsgemeinschaft Bremen/Niedersachsen (RAG), der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen oder die Neue Hanse Interregio (NHI) müssen in diesen Prozess eingebunden werden und gleichzeitig daran gemessen werden, inwieweit sie als Organisationen den damit verbundenen Anforderungen genügen. Darüber hinaus bedarf es einer genaueren Analyse, wie die Wahrnehmung des Nordwestens als Region etwa im Vergleich zur sogenannten Metropolregion Hamburg oder der Region Hannover verbessert und die Identifikation nach innen gesteigert werden kann.

- Ziel der aus der Gemeinsamen Landesplanung Bremen/Niedersachsen hervorgegangenen RAG ist es, die Entwicklungschancen, die in der räumlichen und



Tagungen der
IHK Nord und
des UK Nord im
Schütting und
im Rathaus

wirtschaftlichen Vielfalt der Region liegen, durch eine übergeordnete Planung zu koordinieren und durch gemeinsame Projekte zu fördern.

- Der Kommunalverbund Niedersachsen/Bremen e. V. wurde als Dialogforum zwischen den niedersächsischen Gemeinden und dem Oberzentrum Bremen gegründet und hat sich zu einer regionalen Interessenvertretung von derzeit 37 Städten und Gemeinden im Raum Bremen/Oldenburg weiterentwickelt.
- Die Neue Hanse Interregio beschreibt einen grenzüberschreitenden Kooperationsverbund auf staatlicher Ebene, in dem Bremen, Niedersachsen sowie die vier nordniederländischen Provinzen Groningen, Drenthe, Fryslân und Overijssel zusammenarbeiten.

Um besondere Themen gezielt voranzubringen und dem Norden Deutschlands insgesamt mehr Stimme und Gewicht zu verleihen, engagiert sich die Handelskammer auch in verschiedenen Wirtschafts- und Kammerverbänden wie etwa der Arbeitsgemeinschaft Norddeutscher Industrie- und Handelskammern (IHK Nord), bei der Präses Dr. Plump im zweiten Halbjahr 2002 den Vorsitz hatte, sowie dem Unternehmerkuratorium Nord (UKN), dem Präses Dr. Plump 2002 gleichfalls vorstand. Dadurch stellen die Industrie- und Handelskammern heute einen anerkannten Impulsgeber für den Norden Deutschlands dar und sind zugleich ein Musterbeispiel erfolgreicher überregionaler Kooperation.

Bei weiteren Einzelthemen arbeitet die Handelskammer darüber hinaus mit den Industrie- und Handelskammern des Umlandes zusammen. Abhängig von der Themenstellung, können auf bewährter Arbeitsebene unterschiedliche Sachverhalte aufgearbeitet und lösungsorientiert vorangebracht werden – z. B. bei Projekten wie dem Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven oder dem Ausbau der A 1 (Hansalinie).

Die Handelskammer hatte zum 1. Juli 2002 den Vorsitz und die Geschäftsführung für die IHK Nord übernommen. Präses Dr. Dirk Plump war damit Vorsitzender dieser Arbeitsgemeinschaft, deren Federführung im halbjährlichen Turnus an eine der 13 Mitgliedskammern aus den norddeutschen Bundesländern Bremen, Niedersachsen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein geht. Mit Arbeitsschwerpunkten wie der Hafenvirtschaft, der maritimen Technologie, der Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur, der Tourismuswirtschaft und den industriellen Zukunftsperspektiven Norddeutschlands behandelt die IHK Nord Themen, die auch für Bremens Zukunft von großer Bedeutung sind. Sinn der im November 2001 bei einer Sitzung in Rostock gegründeten IHK Nord ist es, durch Kooperation bei gemeinsamen Projekten den Wirtschaftsraum Norddeutschland insgesamt voranzubringen.

Die IHK Nord kam am 16. Oktober 2002 im Haus Schütting zu einer Tagung zusammen, bei der die zentralen Anliegen der Arbeitsgemeinschaft vorangebracht und – in Vorbereitung des Treffens mit den Küsten-Wirtschaftsministern am 4. November 2002 – die gemeinsamen Positionspapiere zu den Themen „Bundesverkehrswegeplan“, „Schule und berufliche Bildung“, „Stadtjubiläum St. Petersburg“ und „Biotechnologie“ verabschiedet wurden. Mit Beginn des Jahres 2003 wurde die Federführung für das erste Halbjahr 2003 an die Handelskammer Hamburg weitergereicht.

Das UK Nord wurde 1989 gegründet und besteht aus den fünf Präsidenten/Repräsentanten der Industrie- und Handelskammern und den vier Präsidenten/Repräsentanten der Unternehmensverbände Bremen, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Nord (Hamburg und Schleswig-Holstein). Vorsitz und Geschäftsfüh-

rung wurden im Jahr 2002 von der Handelskammer Bremen wahrgenommen. Das UK Nord stellt sich die Aufgabe, in Fragen, die für die wirtschaftliche Entwicklung der fünf norddeutschen Länder in ihrer Gesamtheit wichtig sind, eine einheitliche Stellungnahme der Wirtschaft dieser Länder herbeizuführen und gegenüber den fünf Länderregierungen zu vertreten. Von Bedeutung sind vor allem überregionale Verkehrsplanung, vordringliche Projekte des Schienen-, Straßen- und Wasserstraßenbaus sowie die Zusammenarbeit der Flughäfen der Region, Umweltfragen, gemeinsame Energiepolitik, Zusammenarbeit der Landesbanken, Entlastung staatlicher Stellen durch privatwirtschaftliche Finanzierung, Rationalisierung der Verwaltung durch Länder übergreifende Kooperationsmodelle sowie länderübergreifende Öffentlichkeitsarbeit für gemeinsame Positionen.

Die Stellungnahmen werden regelmäßig mit den Bürgermeistern und Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder auf den gemeinsamen jährlichen Treffen erörtert. So wurden am 30. Oktober 2002 in Bremen beispielweise intensiv die Themen „Ökonomische Bildung“ und „Eurorapid“ sowie die Olympiabewerbung Hamburgs und deren Ausstrahlung auf Norddeutschland besprochen und gemeinsame Positionen verabschiedet.



Präsident Dr. Plump und die Senatoren Hattig und Lemke unterzeichnen die gemeinsame Erklärung zur Bildungspolitik.

Schule-Wirtschaft: Partnerschaften und Patenschaften für die Zukunft

Die Qualität der Lehr- und Lernprozesse in Schulen sowie die Weiterentwicklung der Leistungsfähigkeit des bremischen Bildungswesens zu sichern, ist eine entscheidende Voraussetzung für die Zukunft Bremens. Schulen müssen durch Qualität und Effizienz ihrer Arbeit ihren Beitrag zur Zukunftsfähigkeit leisten. Schule und Wirtschaft streben dabei einen größtmöglichen Konsens über Ziele und Maßnahmen in der Erziehung, Bildung und Berufsausbildung junger Menschen an, um sie auf ihre zukünftigen Aufgaben im Beruf und in der Gesellschaft so gut wie möglich vorzubereiten. Die Handelskammer strebt daher einen engen und intensiven Dialog zwischen Betrieben, Schulen, dem Senator für Bildung und Wissenschaft und dem Landesinstitut für Schule an.

Die national wie international geführten Qualitätsdebatten, die durch die gerade für Bremen verheerenden Ergebnisse der Schulleistungsstudie „PISA“ hervorgerufen wurden, müssen bei allen Beteiligten den Sinn dafür schärfen, dass Bildung, Qualität und Leistung zusammengehören. Dies hat die Handelskammer in zahlreichen Veranstaltungen deutlich gemacht, mit Nachdruck beispielsweise bei einem Bildungstag der IHK Nord am 16. Oktober 2002 zum Thema „Wirtschaft in die Schule!“. Im Rahmen ihres Schwerpunktes „Schule-Wirtschaft“ plädierte die Handelskammer für die Erziehung von selbstverantwortlichen Persönlichkeiten und für demokratisches, soziales und ökonomisches wie ökologisches Handeln als Voraussetzung für die Prinzipien des Forderns und

Förderns. Strukturen und Inhalte des Lehrens und Lernens müssen so gestaltet werden, dass sie an die Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler anknüpfen und diese weiterentwickeln.

Im Sinne der Chancengleichheit an Bremer Schulen muss künftig gewährleistet sein, dass Kinder bereits vor der Einschulung über gute Deutschkenntnisse verfügen. Die Arbeit der Lehrkräfte muss sich an festen Qualitätsstandards orientieren. Fortbildungen für Lehrerinnen und Lehrer müssen nach Ansicht der Handelskammer auch außerhalb der Unterrichtszeit verpflichtend werden. Entsprechende Angebote hält die Handelskammer in Zusammenarbeit mit dem Landesinstitut für Schule (LIS) und der Arbeitsgemeinschaft Bildung und Medien norddeutscher Industrie- und Handelskammern bereits jetzt bereit.

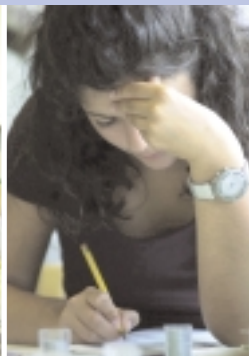
Aus Sicht der bremischen Wirtschaft müssen künftig vor allem die Schulstrukturen deutlich verbessert, das heißt effizienter und leistungsorientierter gestaltet werden. Auf der Basis eindeutiger Leistungskriterien sollten in bremischen Schulen objektive und überprüfbare Vergleichstests eingeführt werden, durch die kontinuierlich die Leistung des Schulunterrichts gemessen werden können. Im Rahmen eines umfassenden Evaluations- und Schulentwicklungsprozesses sind darüber hinaus regionale, nationale und internationale Leistungsvergleiche notwendig. Hierzu bedarf es eines unabhängigen Systems der Qualitätskontrolle, das sicherstellt, dass die

Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Schule in regelmäßigen Abständen überprüft wird und die Ergebnisse der Überprüfung der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Wichtige Schritte zum Umbau des bremischen Bildungssystems hat der Koalitionsausschuss der Regierungsparteien im Land Bremen im September 2002 in die Wege geleitet. Mit den dort getroffenen Entscheidungen werden langjährige Forderungen der Handelskammer in die Tat umgesetzt. Für Bremen eröffnete sich damit erstmals seit langem die Möglichkeit, bestehende Bildungsdefizite nachhaltig zu beseitigen und die Qualität der Bildung weiter zu erhöhen.

Die Schulen haben den Auftrag, junge Menschen zur Bewältigung von gegenwärtigen und künftigen Lebenssituationen und zu verantwortungsbewusstem Handeln in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft zu befähigen. Sie müssen daher Veränderungen auch im Wirtschafts- und Arbeitsleben aufgreifen und die Grundlagen für spätere berufsbezogene Fachausbildungen mit einer breiten Allgemeinbildung legen.

Diese Aufgabe können die Schulen heute nicht mehr alleine leisten, sondern sind auf Partner angewiesen. Diese gesellschaftliche Verantwortung wird von den bremischen Unternehmen mitgetragen. Die Handelskammer und die bremische Wirtschaft sehen sich verpflichtet, aktiv an der Gestaltung einer verantwortungsbewussten Partnerschaft mitzuwirken.



In diesem Sinne bekräftigt die bremische Wirtschaft ihre Verantwortung, im Zusammenwirken zwischen den Sozialpartnern, Familien und staatlichen Institutionen auch in Zukunft für die berufliche Bildung Sorge zu tragen und die dafür notwendigen Grundbedingungen und Voraussetzungen im allgemein bildenden Schulwesen mitzugestalten. Hierbei muss die Arbeitswelt als Lernort für Fachwissen, Persönlichkeitsbildung und soziales Verhalten mehr als bisher in den Blickpunkt gestellt werden. Vor diesem Hintergrund hat sich in den vergangenen Jahren die Akzeptanz der Wirtschaft als kompetenter Gesprächspartner gefestigt. Die Wirtschaft kann ihre Kompetenzen und Erfahrungen zum Nutzen von Schulen einbringen, Reformmaßnahmen im Schulbereich flankieren und die Schulen unterstützen.

Kooperationen zwischen Schulen und Unternehmen können unterschiedlich gestaltet werden. Im Magazin „Wirtschaft in Bremen“ wurde in der Reihe „Ihr Weg zur Schulpartnerschaft!“ regelmäßig über bestehende Schulpartnerschaften berichtet, um Unternehmen Anregungen für neue Formen einer Verantwortungspartnerschaft zwischen Wirtschaft und Schule zu geben. Ergänzend hat die Handelskammer zum Themenbereich Partnerschaften und Patenschaften einen Leitfaden für Unternehmen und Schulen erarbeitet, in dem erste Handlungsschritte und differenzierte Kooperationsmöglichkeiten dargestellt werden.

Die Handelskammer versteht sich hierbei als Mittler zwischen den Unternehmen, den bremischen Schulen und der Schulverwaltung. Ihre Arbeit ist geprägt durch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunioren, dem Arbeitskreis Schule-Wirtschaft, der Stiftung und dem

Verein Schuloffensive 2000, der „bremer agentur schule wirtschaft“ am Landesinstitut für Schule und anderen Partnern aus dem Wirtschafts- und Unternehmensbereich. Das Ziel bleibt immer das gleiche: Jugendlichen und jungen Erwachsenen die bestmöglichen Startchancen für den Einstieg in das Berufsleben zu geben.

Der umfassende Auftrag von Schule richtet sich auf Bildung, Erziehung und Qualifizierung. Das Bildungssystem ist zudem gefordert, auf die veränderten Bedingungen in der modernen Wirtschaft vorzubereiten. Die Qualifikationsstrukturen des Beschäftigungssystems und die Rahmenbedingungen unternehmerischen Handelns haben sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Der Einsatz moderner Informations- und Kommunikationstechniken hat betriebsorganisatorische Abläufe tiefgreifend verändert. Die Anforderungen an die Qualifikation der Mitarbeiter sind dadurch erheblich gestiegen.

Diese strukturellen Entwicklungen in der Wirtschaft haben nachhaltige Auswirkungen auf das Bildungssystem. Schülerinnen und Schüler müssen – nach den Möglichkeiten der Schule, ihrer Stufen und Bildungsgänge – volks- und betriebswirtschaftliche Kenntnisse vermittelt bekommen. Gefordert sind sämtliche schulischen Bereiche: die allgemein bildenden Schulen wie Grundschulen, Gesamtschulen, Gymnasien, Schulzentren der Sekundarstufen I und II, ebenso die beruflichen Schulen im Rahmen des dualen Ausbildungssystems. Wichtig ist dabei eine bildungspolitische Gesamtperspektive, die Schnittstellen des Bildungssystems aufzeigt und diese mit den Anforderungen der wirtschaftlichen Entwicklung und des Beschäftigungssystems zugleich verbindet, um Jugendliche und junge Erwachsene für aktuelle und

zukünftige Lebenspassagen optimal vorzubereiten.

Gerade in den allgemein bildenden Schulen sind die Themenbereiche Arbeit, Wirtschaft und Technik noch nicht ausreichend berücksichtigt. Die bremische Wirtschaft fordert seit langem, dass ökonomische Bildung ein wichtiger Faktor für eine positive wirtschaftliche Entwicklung ist und die ökonomische Bildung daher mittelfristig durch die Einführung eines Schulfaches Wirtschaft gestärkt werden soll. Ökonomische Bildung muss kurzfristig aber im bestehenden Fächerkanon gewährleistet sein. Lernprozesse in der Lebens- und Arbeitswelt müssen stärker einbezogen werden.

Die Handelskammer begrüßt die Entscheidung der Hermann-Leverenz-Stiftung, die bundesweite Initiative „ökonomische Bildung online“ mit einem Gesamtbetrag von 50.000 Euro zu unterstützen. Ziel ist dabei die internetgestützte Weiterbildung von Lehrern, die eine qualifizierte und wirtschaftsnahe Vermittlung ökonomischer Inhalte in den allgemein bildenden Schulen gewährleisten soll. Die Leverenz-Stiftung leistet damit einen Beitrag zur ökonomischen Bildung junger Menschen und zukünftiger Auszubildender in Bremen.

Die Jugendlichen müssen in die Lage versetzt werden, ihre Lebensplanung und Berufswahlentscheidung weitgehend selbstständig und aktiv zu gestalten. Dabei spielen auch die Möglichkeiten und Chancen einer selbstständigen unternehmerischen Tätigkeit eine wichtige Rolle. Zwischen der Handelskammer, dem Senator für Bildung und Wissenschaft und dem Senator für Wirtschaft und Häfen besteht Konsens, dass die wirtschaftliche Bildung Teil der Allgemeinbildung ist. Dieser Kon-



Schwerpunkte

sens wurde in einer gemeinsamen Erklärung zur Initiative der Handelskammer am 14. Mai 2002 ausdrücklich festgehalten.

Es darf keine Zeit mehr mit Diskussionen darüber vertan werden, ob mehr Wirtschaft in den Schulen unterrichtet werden muss oder nicht. Vielmehr gilt es, so schnell wie möglich ein tragfähiges, attraktives und bedarfsgerechtes Konzept zu entwickeln, um dem Thema „Wirtschaft in der Schule“ den notwendigen Stellenwert einzuräumen.

Auch die IHK Bremerhaven hat in Sitzungen des Landesausschusses für Berufsbildung und dessen Unterausschüssen, ebenso in den Schulkonferenzen, Gesamtkonferenzen und Ausbildungsbeiräten der berufsbildenden Schulen den Standpunkt der Wirtschaft vertreten. Im Rahmen des auf Landesebene gegründeten runden Tisches „Arbeitslehre“ ist die Kammer in die Umsetzung der Arbeitsergebnisse insbesondere im Bereich der Berufsorientierung in den allgemein bildenden Schulen eingebunden.

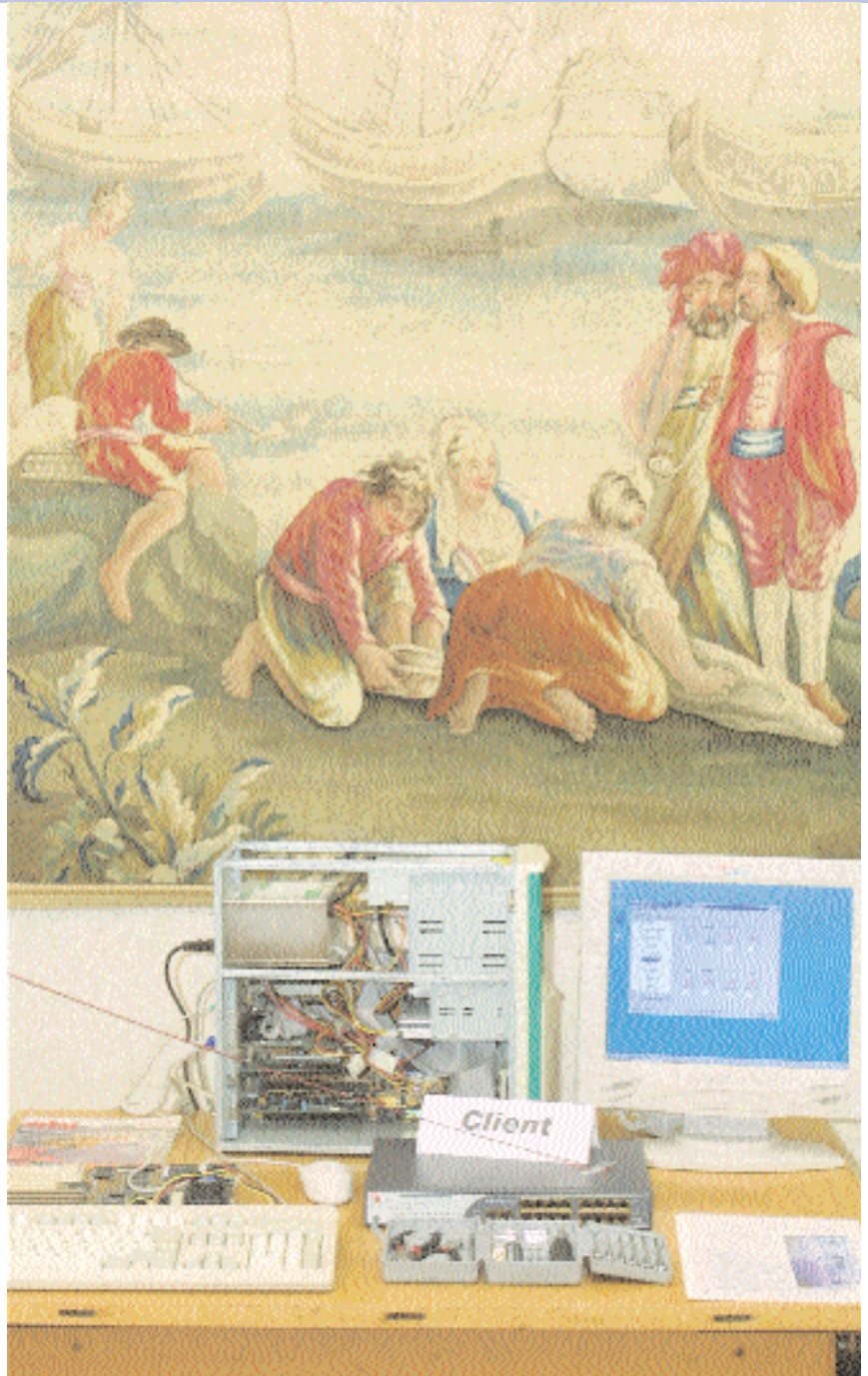
Schulpatenschaften:

Die Handelskammer

ist Mittler zwischen

Unternehmen und Schulen

bzw. Schulverwaltung.





Weserterrassen in Bremerhaven

175 Jahre Bremerhaven: Ein maritimer Standort mit Zukunft

Ohne seine maritime Wirtschaft hat Bremerhaven keine ernsthafte Chance zum Überleben. Diese Erkenntnis wurde in diesem Jahr ein weiteres Mal unterstrichen. Denn das BAW Institut für Wirtschaftsforschung in Bremen legte eine viel beachtete Studie zur maritimen Wirtschaft in der Seestadt vor. Diese Untersuchung entstand in enger Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“. Das Gremium wurde Mitte 1999 von Geschäftsführern, Vorständen und Inhabern zehn führender Unternehmen der Seestadt unter Beteiligung und in Anbindung an die Industrie- und Handelskammer gebildet.

Die Seestadt hat sich längst zu dem bedeutendsten maritimen Standort im Lande Bremen entwickelt und einen bemerkenswerten internationalen Stellenwert erreicht. Mittlerweile rangieren die beiden Häfen mit dem Schwerpunkt Bremerhaven unter den europäischen Containerhäfen hinter Rotterdam, Hamburg und Antwerpen an vierter Stelle. Weltweit steht Bremerhaven auf Platz 15.

Und ein Blick auf Deutschland betont gleichfalls die Stärke der maritimen Wirtschaft in Bremerhaven. Der Marktanteil am Gesamtumschlag der deutschen Seefischmärkte beläuft sich auf mehr als 90 Prozent. Im Jahr 2000 wurden in Bremerhaven 108.000 Tonnen umgeschlagen. Demgegenüber brachten es Cuxhaven und Hamburg auf lediglich 9.800 Tonnen und einen Anteil von 8,3 Prozent beziehungsweise auf 684 Tonnen (0,6 Prozent).

In den vier zentralen maritimen Bereichen (marine Wirtschaft mit dem Schwerpunkt

Fischwirtschaft, maritime Wissenschaft, Häfen und Logistik sowie Werften) sind – die Zulieferer eingerechnet – rund 15.300 Menschen beschäftigt. Somit ist jeder vierte der etwa 60.000 Arbeitsplätze in Bremerhaven maritim geprägt. In der maritimen Wirtschaft sind rund 4.300 und in der maritimen Wissenschaft 600 Frauen und Männer tätig. Bei den Werften finden im weiteren Sinne etwa 2.500 Personen ihr Auskommen. Und auf dem Feld der Häfen und der Logistik arbeiten sogar 7.900 Menschen.

Darüber hinaus entstehen Beschäftigungswirkungen, wenn Einkommen aus der maritimen Wirtschaft Bremerhavens in den Konsum fließt. Geht man an dieser Stelle von einem Regionalmultiplikator in Höhe von 1,2 für die Seestadt Bremerhaven aus, so hängen weitere 3.070 Arbeitsplätze mit der maritimen Wirtschaft zusammen. Damit können der maritimen Wirtschaft alles in allem rund 18.400 Arbeitsplätze zugerechnet werden, also gut 30 Prozent aller Stellen.

Übergeordnetes Ziel muss es sein, die Beschäftigung in diesem äußerst wettbewerbsintensiven Bereich marktkonform zu sichern und womöglich auszubauen. Das erfordert eine konzertierte Aktion von Privatwirtschaft und öffentlicher Hand.

Die maritime Wirtschaft ist im Übrigen auch für das niedersächsische Umland unverzichtbar. Denn etwa 6.000 Arbeitsplätze, also knapp 40 Prozent der maritimen Arbeitsplätze, werden von Arbeitnehmern besetzt, die nicht in der Seestadt wohnen. Zudem sind Betriebe des Umlandes über Lieferverflechtungen in den Wert-

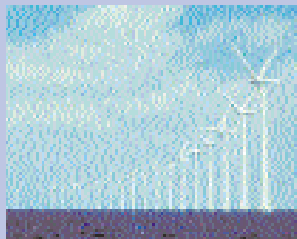
schöpfungsprozess der maritimen Betriebe Bremerhavens integriert.

Unter dem Stichwort „marine Wirtschaft“ ist in Bremerhaven vor allem die Fisch- bzw. Lebensmittelwirtschaft bedeutend. So sind auf die Fischwirtschaft und ihre Zulieferbranchen in Bremerhaven insgesamt rund 4.250 Arbeitsplätze zurückzuführen. Der Schwerpunkt liegt dabei im Fischereihafen. Die Aufwertung des bereits äußerst attraktiven „Schaufensters Fischereihafen“ – einer maritimen Bummelmeile mit Lokalen und Geschäften sowie dem Veranstaltungszentrum „Forum Fischbahnhof“ – dürfte eine herausragende Maßnahme sein, um eine positivere Verbindung von Fisch und Bremerhaven regional und überregional zu kommunizieren.

Beispielsweise könnte das „Atlanticum“ erweitert und das Gewerbegebiet Fischereihafen in die Route des Hafentourismus integriert werden. Nicht nur das „Schaufenster Fischereihafen“ sollte für die Besucher aus nah und fern noch interessanter und attraktiver gestaltet werden. Bei allen maritimen Sektoren ist eine bessere touristische Vermarktung – etwa der Aktivitäten auf den Werften oder bei den Autoverladern – denkbar.

Im Bereich der maritimen Wissenschaft weist Bremerhaven bemerkenswerte Kapazitäten auf. Von größter Bedeutung für den Standort ist neben dem Deutschen Schifffahrtsmuseum das Alfred-Wegener-Institut für Meeres- und Polarforschung (AWI). Hier konzentriert sich die deutsche Polarforschung. Unter anderem unterhält das AWI zwei Forschungsstationen in der Antarktis und verfügt über eine Reihe von

Schwerpunkte



Modell des im Bau befindlichen Biotechnologiezentrums

Forschungsschiffen, darunter dem größten Forschungs-Eisbrecher der Welt.

An der Hochschule Bremerhaven und im dort angegliederten Technologie-Transfer-Zentrum (ttz) sind ebenfalls entsprechende Studiengänge und Institute angesiedelt. Das ttz ist auch stark in die Bestrebungen eingebunden, die so genannte Blaue Biotechnologie zu einem Bremerhavener Markenzeichen zu machen. Mit dem neuen Technologiezentrum im Fischereihafen wurde eine große Hürde genommen.

Im Herbst 2003 soll das bundesweit einzigartige Biotechnologiezentrum eröffnet werden. Es wird neben kreativen Wissenschaftlern vor allem Existenzgründern eine Heimstatt bieten. Eine gute Nachricht, die Bremerhaven in diesem Jahr erreichte, ist die eines Umzuges: des Institutes für Fischereiökologie der Bundesforschungsanstalt für Fischerei nach Bremerhaven. Bisher war es an den Standorten Ahrensburg, Cuxhaven und Hamburg untergebracht.

Bremerhaven bietet sich auf Grund dieses gesamten Potenzials als europäisches Kompetenzzentrum der Meereswissenschaften an. Dieses könnte durch einen Ausbau der Forschungseinrichtungen und ihre Verknüpfung entstehen.

Zu etwa 70 Prozent ist Bremerhaven am Hafenumschlag im Bundesland Bremen beteiligt. Vor 20 Jahren hatte sich der Anteil zwischen Bremen und Bremerhaven in etwa die Waage gehalten. Mittlerweile hat sich eine klare Arbeitsteilung zwischen den beiden Städten etabliert. In den Häfen der Stadt Bremen werden neben Erz und Kohle eine Vielzahl von konventionellen Stückgütern umgeschlagen – diese insbesondere im Neustädter Hafen, im Holzhafen sowie in den Industriebahnhöfen.

In Bremerhaven wird demgegenüber zu rund 99 Prozent Stückgut verladen – weit überwiegend in Containern. Auch der Automobilumschlag spielt mit rund 1,2 Millionen Fahrzeugen jährlich eine große Rolle. Er bietet die Grundlage für rund 3.300 Arbeitsplätze in der Stadt. Bremerhaven ist folglich eine der wichtigsten Automobildrehscheiben Europas. Beim Autoumschlag sehen Experten ebenso Wachstumschancen wie im Columbusbahnhof, dem Kreuzfahrterminal, der zurzeit modernisiert und erweitert wird. Die Kreuzfahrttouristen starten im Sommer vom „Bahnhof am Meer“ zu Touren in die Ostsee oder in die nordischen Gewässer.

Damit der Autoumschlag tatsächlich expandieren kann, müssen die entsprechenden Kapazitäten ausgeweitet werden. Schließlich stehen in Bremerhaven im Gegensatz zum Mitbewerber Zeebrugge keine ausreichenden Flächen bereit. Auch ein Konzept zur Entwicklung der Infrastruktur für den Autoumschlag, ein so genannter Masterplan, ist aus Sicht der Wirtschaft sinnvoll. Grundsätzlich gilt: Die Hafeninfrastruktur muss dem steigenden Umschlagvolumen angepasst werden. Beachtet werden sollte außerdem, dass in Verbindung mit dem Hafenumschlag Dienstleistungen einen höheren Stellenwert erhalten. Bremerhaven bietet ideale Voraussetzungen für hafennahes Gewerbe, hafenzugehörige Dienstleistungen und für Logistikbetriebe. Sie müssen entwickelt und genutzt werden.

Zur erfolgreichen Bewältigung des Strukturwandels im Häfen- und Logistikbereich besinnt sich die Wirtschaft immer stärker auf innovative Produkte mit einem maritimen Bezug. Besonders vielversprechend scheint die Offshore-Windenergiebranche zu sein. Bremerhaven könnte eine Logistik-Plattform für die Errichtung und Versorgung der Offshore-Windenergieanlagen

auf dem Meer werden. Im Juli 2002 nahm die Windenergie-Agentur Bremerhaven-Bremen e. V. im TimePort in Bremerhaven ihren Sitz ein. Sie will die Kompetenzen auf diesem Gebiet bündeln und die zukunftsweisende alternative Energiequelle fördern. Zu den Gründungsmitgliedern des Vereins gehört die IHK Bremerhaven.

Das größte „Sorgenkind“ Bremerhavens sind immer wieder die Werften. Lange Zeit waren sie die führenden Arbeitgeber im Lande Bremen. Das trifft heute nur noch für Bremerhaven zu. Ein harter internationaler Wettbewerb – gekennzeichnet durch Überkapazitäten und Subventionen – führte zu schweren Verwerfungen in dieser Branche. Und diese wirken sich bis heute aus. Auf den Werften-Sektor entfallen in Bremerhaven noch immer etwa ein Viertel aller Arbeitsplätze in der Industrie. Doch ein Rückgang der Beschäftigtenzahlen korrespondiert mit den Veränderungen bei den Wertschöpfungsprozessen in modernen Werften. Ohne eine höhere Produktivität der Werften war ein Bestehen im internationalen Wettbewerb ausgeschlossen. Ein „Muss“ für die künftige Marktstellung dieser Branche bleibt die seeseitige Erreichbarkeit. Sie muss an die künftige Entwicklung der Schiffsgrößen angepasst werden. Ebenso unerlässlich – vor allem von der Warte des Zulieferverkehrs – ist eine vernünftige landseitige Anbindung. Größere Schleusen und ein neues Dock für größere Schiffstypen sollten in die weitere Planung aufgenommen werden.

Generell muss niemandem um die Zukunft der maritimen Wirtschaft bange sein. Bei einem erfolgreichen gemeinsamen Handeln von Unternehmen und Politik kann Bremerhaven mit seinem maritimen Leitbild ein Standort mit europaweiter Bedeutung bleiben beziehungsweise auch die nächsten 175 Jahre sein.



**Jeder vierte der etwa
60.000 Arbeitsplätze in
Bremerhaven ist maritim
geprägt. Die maritime
Wirtschaft spielt eine
herausragende Rolle in
der Seestadt.**

Leistungsbilanzen Bremen



Güterverkehrszentrum Bremen

Mittelstand, Stadtentwicklung

Expansive Gewerbeflächenpolitik fortsetzen

Ein quantitativ und qualitativ erstklassiges Angebot an Gewerbeflächen ist eine wesentliche Voraussetzung für die positive wirtschaftliche Entwicklung des Standortes Bremen. Es hat direkten Einfluss auf die Nachfrage nach Gewerbeflächen, fördert die Ansiedlung neuer Betriebe und schafft Arbeitsplätze. Die wenig vorausschauende Gewerbeflächenpolitik, die lange Zeit in Bremen praktiziert worden ist, hat dazu geführt, dass zahlreiche investitionsbereite Unternehmen abgewandert sind und kaum neue Betriebe angesiedelt werden konnten. Nach der „Bremer Erklärung“ aus dem Jahr 1992 ist eine Umkehr dieses Trends eingeleitet worden. Zwischen 1993 und 2001 wurden 428 Hektar neue Gewerbeflächen erschlossen (dies entspricht einem Jahresdurchschnitt von 47,6 Hektar), von denen zwischenzeitlich über 80 Prozent vergeben werden konnten.

Durch die offensive Bereitstellung und Erschließung neuer Gewerbeflächen konnten größere Unternehmensabwanderungen vermieden werden; auf den neu ausgewiesenen Flächen wurden Investitionen in Höhe von über einer Milliarde Euro realisiert und 20.000 Arbeitsplätze neu geschaffen oder gesichert. Das neue Integrierte Flächenprogramm für Gewerbe und Dienstleistungen in der Stadt Bremen (IFP 2010) sieht die jährliche Erschließung von rund 50 Hektar Gewerbefläche vor. Dieser Zielwert wird von der Handelskammer in vollem Umfang unterstützt.

Integriertes Flächenprogramm

Unter dem Motto „Akquisitionsbemühungen können nur mit attraktiven Standorten erfolgreich sein“ legt das IFP 2010 zu Recht einen wesentlichen Schwerpunkt auf die Ansiedlung neuer Unternehmen. Mindestens ebenso wichtig ist es, den in Bremen ansässigen Unternehmen gute Wachstumsmöglichkeiten zu bieten. Dies umso mehr, als sich Bremen auch bei der Bereitstellung von Gewerbeflächen einer harten Konkurrenz gegenüber sieht. Die Bedingungen an den Gewerbestandorten in Bremen müssen deshalb laufend optimiert werden. Das gilt insbesondere für die Möglichkeiten zum Zukauf neuer Flächen.

Das IFP 2010 legt elf Schwerpunktprojekte (zum Beispiel Technologiepark Universität, Gewerbestadt Hansalinie/Arberger Marsch/Mahndorfer Marsch, GVZ/Niedervieland) sowie zehn sonstige Projekte fest. Entscheidend wird sein, dieses Programm in den nächsten Jahren umzusetzen, auch und gerade dort, wo Widerstände zu erwarten sind. Das gilt insbesondere im Blick auf die Planungen im Technologiepark Universität und die weitere Gewerbeflächenerschließung in Niedervieland.

Revitalisierung für die Zukunft

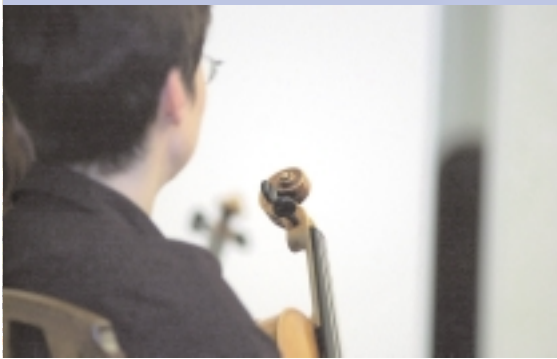
Neben der Entwicklung dieser Gewerbeflächenareale sollen brachgefallene und untergenutzte Flächen künftig verstärkt durch die Stadtentwicklungspolitik aufgenommen werden. Mit dem Handlungskonzept zur Aktivierung von Gewerbebrachen und untergenutzten Gewerbeflächen in Bremen sollen bestehende Gebiete im Inneren der Stadt revitalisiert werden. Hierzu soll des Weiteren ein bestands-

orientiertes Flächenmanagement entwickelt werden. Das Konzept basiert auf einer systematischen Bestandsaufnahme der brachgefallenen oder untergenutzten Flächen. Dabei wurden 52 für Nachverdichtung geeignete Flächen in einer Größenordnung von 841 Hektar identifiziert und in verschiedene Kategorien eingeteilt. Bei den Aufwertungsgebieten handelt es sich unter anderem um die Habenhauser Brückenstraße, die Neulander Straße, die Hafensrandstraße, die Stresemannstraße/Bismarckstraße, den Hemelinger Hafendamm, die Thalenhorststraße/Hans-Bredow-Straße, die Friedrich-Humbert-Straße, das Stadtwerke-Gelände in Woltmershausen, das Brinkmann-Gelände, den Rembertikreisel, den Hohenortshafen, das Bremer Kreuz und den Rangierbahnhof Gröpelingen. Im Investitions-sonderprogramm stehen für das Pilotprogramm Mittel in Höhe von jährlich 3,7 Mio. Euro zur Verfügung. Die Handelskammer unterstützt diesen neuen stadtentwicklungspolitischen Ansatz in der Gewerbeflächenpolitik.

Wohnungsbau in Bremen

Die Ziele des Sanierungsprogramms, die Wirtschafts- und Steuerkraft dauerhaft zu stärken sowie Arbeitsplätze neu zu schaffen, sind nur mit einer wachstumsorientierten Stadtentwicklung umzusetzen. Alle Anstrengungen müssen daher darauf gerichtet werden, dem Abwanderungstrend in das Umland entgegenzuwirken. Erste Erfolge sind sichtbar: Der Wanderungssaldo hat sich zugunsten Bremens leicht verbessert.

Die bremische Wohnungspolitik sollte nach Auffassung der Handelskammer



auch in Zukunft einen besonderen Schwerpunkt darstellen. Das Programm „Bremer bauen in Bremen“ sollte fortgesetzt werden, um weitere Anreize zu schaffen, Neubürger für Bremen zu gewinnen. Ein weiteres Ziel sollte sein, den Wohnungsbestand in den Stadtteilen durch Verbesserung der Aufenthaltsqualität aufzuwerten.

Kultur als wichtiger Standortfaktor

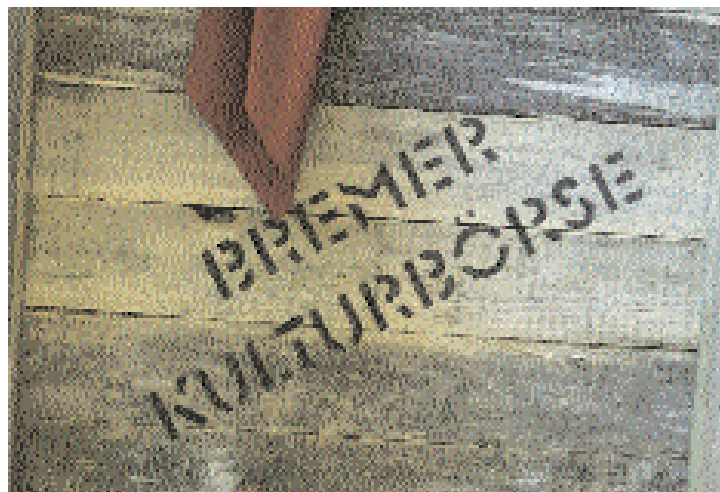
Kunst und Kultur als positiver Wirtschaft- und Standortfaktor sind von Politik und Wirtschaft längst anerkannt. Seit rund drei Jahren bringt sich die Handelskammer verstärkt in die Diskussion um die Förderung von Kunst und Kultur als wichtiger Standortfaktor in Bremen ein. Sie sieht hierbei das praktizierte Zusammenwirken von Politik, Kultur und Wirtschaft als eine Grundlage für die weitere gute Entwicklung Bremens und misst dieser Kooperation Modellcharakter bei. Entsprechend begleitet die Handelskammer Aktivitäten der Kulturszene.

Ein großer Erfolg im Jahr 2002 war die Ausrichtung der 1. Bremer Kulturbörse. Mehr als 70 bremische Kultureinrichtungen – Museen, Theater, Bildende Kunst, Tanz, Literatur, Film, Musik – hatten sich an der Börse beteiligt. Über 90 Prozent der Teilnehmer und Besucher erklärten danach, dass ihre Erwartungen erfüllt oder übertroffen wurden. Jede sechste Kultureinrichtung hatte bereits während der Kulturbörse einen Kooperationspartner für ein Kulturprojekt finden können. Alle Teilnehmer sprachen sich für eine Wiederholung der Kulturbörse aus.

Kulturhauptstadt Bremen

Die Bewerbung Bremens als Kulturhauptstadt Europa 2010 wird von der Handelskammer als Chance und Herausforderung gesehen, neue Wachstumsimpulse auszulösen, um damit auch die Attraktivität und Lebensqualität Bremens zu erhöhen. Voraussetzung für den Erfolg werden die

Beteiligung des Kultur-, Wirtschafts- und Stadtentwicklungsressorts als Querschnitts- und Gemeinschaftsaufgabe sein, ferner die breite Mitwirkung der Bremer Bevölkerung, die Unterstützung durch die bremische Wirtschaft sowie ein klares Finanzierungskonzept. In einem ersten Schritt sollte nach Auffassung der Handelskammer ein schlüssiges, finanzierbares und umsetzbares Konzept entwickelt werden. Die Handelskammer wird sich daran konstruktiv beteiligen.



Mehr als 70 bremische

Kultureinrichtungen

haben sich an der

1. Bremer Kulturbörse im

Schütting beteiligt.



Leistungsbilanzen Bremen

Industrie, Innovation, Umwelt

Jahresbilanz zur Entwicklung der Industrie und maritimen Wirtschaft vorgelegt

Zum Jahreswechsel hat die Handelskammer zum zweiten Mal eine Jahresbilanz zur Entwicklung der Industrie und maritimen Wirtschaft in Bremen vorgelegt. Ihr Zweck ist, in regelmäßigen Abständen eine Bestandsaufnahme über die industrielle Entwicklung vorzunehmen, die Rahmenbedingungen für die Industrie zu überprüfen und aus der Analyse Handlungsempfehlungen für die Zukunft abzuleiten.

Sowohl auf der politischen als auch auf der unternehmerischen Ebene hat es 2002 zahlreiche bedeutende Entscheidungen und Entwicklungen gegeben. Genannt seien das Gewerbeflächenprogramm IFP 2010 oder das neue bremische Innovationsprogramm „Innovision 2010“, die Übernahme der Brauerei Beck & Co. durch die belgische Interbrew-Gruppe oder der Zusammenschluss der großen europäischen Stahlunternehmen zum Arcelor-Konzern, der erhebliche Rückwirkungen auf den Stahlstandort Bremen hat.

Science-Park Grohn auf dem Oeversberg realisieren

Die Handelskammer hat im Jahr 2002 wiederum zahlreiche Aktivitäten entwickelt, um die enge Verbindung von Wirtschaft und Wissenschaft weiter zu stärken. Im Sinne des neuen Landesprogramms „Innovision 2010“ setzt sie sich zudem dafür ein, sowohl den Technologiepark Universität konsequent zu erweitern als auch die Senatsentscheidung zur Entwicklung des Science-Parks auf dem Oeversberg in Bremen-Grohn zügig umzusetzen. Das Konzept, für das sich der Senat entschieden hat, bietet die besten Chancen,

in unmittelbarer Anknüpfung an die International University Bremen in hoch attraktivem Umfeld ambitionierte Forschungsunternehmen anzusiedeln.

Grundsatzentscheidung für ein Medienzentrum

Die Handelskammer hat sich intensiv in die Beratungen um die Entwicklung eines Medienzentrums in der Bremer Innenstadt eingeschaltet. Aus Kammersicht ist dabei besonders wichtig, dass für ein erfolgreiches Medienzentrum von vornherein die richtigen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Dies kann nur unter umfangreicher Einbindung der betroffenen Wirtschaft geschehen. Zusammen mit bremen multimedial e. V. hat die Handelskammer daher sehr frühzeitig das Gespräch mit allen Beteiligten gesucht.

Einen wichtigen Meilenstein bildete ein großes Symposium, das die Handelskammer und bremen multimedial e. V. am Beginn der öffentlichen Debatte im Februar 2002 veranstaltet haben. Nachdem der Senat eine Grundsatzentscheidung für die Entwicklung eines Medienzentrums im Faulenquartier mit Radio Bremen als Nukleus getroffen hat, steht nunmehr in den nächsten Monaten die konkrete Umsetzung an. Kern der Handelskammerposition ist dabei, dass das Medienzentrum von privaten Investoren getragen wird. Die Handelskammer spricht sich zudem dafür aus, die Gelegenheit für eine generelle Aufwertung des Faulenquartiers zu nutzen. Dazu gehört beispielsweise auch eine Verlängerung der Neugestaltung der Schlachte über die Bürgermeister-Smidt-Straße hinaus in Richtung Stephanibrücke.

Angebote für Existenzgründungen auf hohem Niveau

Auch in diesem Jahr wurden von der Handelskammer wieder umfangreiche Unterstützung und zahlreiche Schwerpunktveranstaltungen für Existenzgründerinnen und -gründer angeboten. Im Vordergrund stand hierbei die individuelle Beratung von Gründerinnen und Gründern, bei denen insbesondere betriebswirtschaftliche Fragen, Unternehmenskonzepte und persönliche Voraussetzungen für die Existenzgründung erörtert wurden. Darüber hinaus wurden in sechs Gründungsseminaren, die jeweils an neun Abenden veranstaltet wurden, insgesamt rund 160 Teilnehmern gründungsrelevante Voraussetzungen erläutert.

Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die gründungsrelevanten Veranstaltungen 2002. So wurde eine Veranstaltungsreihe zur Unternehmensnachfolge fortgesetzt, die in Zusammenarbeit mit nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern angeboten wurde. Weitere Veranstaltungen wurden für Existenzgründerinnen in Zusammenarbeit mit dem Kultur-, Kommunikations- und Bildungszentrum für Frauen, belladonna, und der Koordinierungs- und Beratungsstelle Frau und Beruf (zib) durchgeführt. In Kooperation mit dem Expertinnen-Beratungsnetz Bremen (ebn) wurden spezielle Seminare für Mentorinnen angeboten. Mentorinnen sind Unternehmerinnen, die mit ihrem Know-how und ihren Erfahrungen Existenzgründerinnen in die Selbstständigkeit begleiten.

Erfolgreiche Seminarreihe „Management in der New Economy“

An der Seminarreihe „Management in der New Economy“, die im Rahmen des Ver-



Treffen von Umweltschutzbeauftragten und Mentorinnen in der Handelskammer

anstellungsprogramms „Neue Chancen 2002“ angeboten wurde, nahmen rund 100 Start-up-Unternehmer teil. An fünf Abenden berichteten die Referenten, die zum Teil selbst neue Unternehmen aufgebaut haben, über Fragen der Organisation, des Controllings, der Finanzierung, des Personalwesens und des Marketings junger Unternehmen. In der Abschlussveranstaltung zum Thema „Wie komme ich an Aufträge“ wurde der praxisnahe Erfahrungsbericht eines Unternehmers durch die Hinweise der beteiligten Referenten ergänzt. Der gute Zuspruch ermutigt die Handelskammer zur Fortführung der Veranstaltungsserie „Neue Chancen“, die betriebliche Auswirkungen innovativer technologischer Entwicklungen aufzeigt und aktuelle Managementfragen anspricht.

Der Staat kauft ein – online

Deutschland ist Vorreiter im E-Procurement der öffentlichen Hand. Mit dem Projekt „Öffentlicher Einkauf online“ des Beschaffungsamtes des Bundesinnenministeriums steht beispielsweise erstmals eine Plattform für die elektronische Vergabe zur Verfügung. Langfristig sollen alle Behörden bei Bund, Ländern und Kommunen online einkaufen, um Kosten einzusparen und das Verfahren effizient für die Wirtschaft zu machen.

Im Rahmen der marktwirtschaftlichen Neuorientierung der Bundeswehr wird das Beschaffungswesen ebenfalls neu organisiert. In diesem Zusammenhang wurde Anfang Juni 2002 die Bw Fuhrpark Service GmbH gegründet. Sie soll den Bundeswehrruhrpark halbieren und modernisieren. Im August 2002 nahm die LH Bundeswehr Bekleidungs GmbH ihre Arbeit auf. Ihre Aufgabe ist die Versorgung der Truppe mit Dienstbekleidung. Über den DIHK leistet die deutsche Kammerorganisation umfangreiche Unterstützung, zum Beispiel durch Überprüfung der Ausschreibungsunterlagen oder Benennung von potenziell geeigneten Unternehmen.

Im Rahmen ihrer eigenen Benennungstätigkeit hat die Auftragsberatungsstelle im Lande Bremen, die bei der Handelskammer angesiedelt ist, im Jahre 2002 rund 2.000 Anfragen bearbeitet. Mit Hilfe der laufend aktualisierten Datenbank konnten mehr als 400 Unternehmen benannt werden.

Neue Kooperation mit der IHK Bremerhaven im Geschäftsfeld Umwelt

Sowohl in der Handelskammer Bremen als auch in der IHK Bremerhaven gehört das Geschäftsfeld Umwelt zu den wichtigen Schwerpunkten. Bei der Interessenvertretung wie auch in der Beratung der Unternehmen sind die Inhalte sehr ähnlich. Beide Kammern haben daher beschlossen, eine jeweils vorhandene Stellenvakanz gemeinsam zu besetzen. Seit dem 1. April 2002 verstärkt Heike Fehr-Harms als Referentin für Umwelt und Energie die Teams der Handelskammer Bremen und der IHK Bremerhaven. Ihr Aufgabenfeld hat folgende Schwerpunkte: Information der Mitgliedsunternehmen über wichtige umweltpolitische Sachverhalte auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene, soweit sie ökologische und ökonomische Auswirkungen auf die Mitgliedsunternehmen haben, Interessenvertretung für die Wirtschaft im Lande Bremen im gesamten Spektrum der Umwelt- und Energiewirtschaft, praxisorientierte Umweltberatung sowie Überblick über umweltrelevante Dienstleistungen und Produkte in den Umweltdatenbanken beider Kammern. Das Kooperationsmodell der Kammern ist vorerst auf drei Jahre befristet.

Neue EG-Druckgeräterichtlinie hat große Auswirkungen

Seit Mai 2002 gilt eine neue EG-Druckgeräterichtlinie. Tausende von Druckgeräten und Aggregaten in den Betrieben (wie Dampfkessel, Wärmetauscher, druckbeaufschlagte Lagerbehälter und auch sicherheitstechnische Ausrüstungsteile) unterliegen damit erheblich strengeren Si-

cherheitsnormen als bisher. Der Informationsbedarf ist groß. Um ihn zu decken, hat die Handelskammer das Thema zusammen mit der IHK Bremerhaven in ihrer Informationsarbeit vielfältig aufgegriffen. So haben die Kammern im August einen gemeinsamen Workshop veranstaltet, in dem rund 50 Teilnehmer aus unterschiedlichsten Sparten der Bremer und Bremerhavener Wirtschaft auf ihre zahlreichen Fragen eine qualifizierte Antwort bekamen. Beide Kammern werden das Thema in den nächsten Monaten weiter aufgreifen, zum Beispiel in einem Workshop zur Betriebssicherheitsverordnung.

Problematische Wasserschutzgebietsausweisung in Bremen-Vegesack

Die Ausweisung eines Wasserschutzgebiets in Bremen-Vegesack wird derzeit kontrovers erörtert. Das Wasserschutzgebiet befindet sich im urbanen Zentrum von Bremen-Nord und schließt zahlreiche Gewerbestandorte ein. Die aktuell im geplanten Wasserschutzgebiet ansässigen Unternehmen befürchten in erheblichem Maße Auflagen, Nutzungseinschränkungen und insgesamt Kostenerhöhungen, die zu Wettbewerbsbelastungen führen würden. Hierdurch sind Standortnachteile für bestehende Firmen und ansiedlungsinteressierte Unternehmen zu erwarten, worunter der Wirtschaftsstandort Bremen-Nord erheblich zu leiden hätte.

Die Handelskammer nimmt in gesamtwirtschaftlicher Abwägung für die Bremer Wirtschaft Stellung und begleitet die Konsensgespräche mit allen Beteiligten. Ziel ist es, alle negativen Veränderungen wirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu vermeiden.



International

Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung in Bremen

Der Außenwirtschaftsanteil in Bremen machte in den letzten Jahren fast ein Drittel der gesamtwirtschaftlichen Leistung aus. Um Bremens Position als Außenwirtschaftsstandort weiterhin zu sichern, sollten die internationalen Aktivitäten Bremer Unternehmen flankiert werden. Deshalb wurde eine Neuordnung der Außenwirtschaftsförderung mit inhaltlicher Mitwirkung der Handelskammer erarbeitet.

Das Konzept der Außenwirtschaftsförderung besteht aus drei Säulen: Akquisitionspolitik, einzelbetriebliche Förderung von Klein- und Mittelbetrieben sowie wirtschaftsstrukturpolitische Begleitmaßnahmen.

Die Akquisitionspolitik soll die verstärkte und einheitliche Außendarstellung Bremens sicherstellen, sowohl national als auch international. Hierbei müssen auch die Auslandsrepräsentanzen und die Messerepräsentanzen mit eingebunden werden. Die einzelbetriebliche Förderung soll weiterhin bei der Aufnahme und Durchführung von Markterschließungsmaßnahmen von klein- und mittelständischen Unternehmen sowie der Bereitstellung entsprechender Mittel helfen. Hierzu gehören Messebeteiligungen, Außenwirtschaftsberatungen und Auslandsniederlassungen. Unter das Instrumentarium der wirtschaftsstrukturpolitischen Begleitmaßnahmen fallen z. B. bundespolitische Aktivitäten und Delegationsreisen. Auch Infrastrukturmaßnahmen, zu denen außenwirtschaftlich orientierte Einrichtungen zählen, werden dieser Säule zugeordnet.

Die Einteilung der Außenwirtschaftsförderung in diese drei Säulen ermöglicht eine bessere Zuordnung von außenwirtschaftlichen Aktivitäten, da es weniger Überschneidungen der Tätigkeitsfelder gibt. Demnach ist eine einfachere und effizientere Förderung bei zunächst gleichbleibendem Budget möglich. Gerade im Bereich der einzelbetrieblichen Förderung müssen den Unternehmen alle Fördermöglichkeiten aufgezeigt werden, die für ihre Aktivitäten in Frage kommen. Dabei sollte das Budget sinnvoll eingesetzt und ausgeschöpft werden, denn gerade in diesem Bereich sollten die Fördermittel erhöht werden.

Aktive Interessenvertretung in Europa

Zusammen mit vier nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern vertritt die Handelskammer die Interessen der hiesigen Wirtschaft in Brüssel. Ein beim Deutschen Industrie- und Handelskammertag angesiedeltes gemeinsames Brüsseler Büro der nordwestdeutschen Kammern sorgt nun für den erforderlichen Informationsfluss, damit die für die Region wichtigen Entscheidungen und Gesetzesvorhaben in der Entscheidungsphase beeinflusst werden können, und stellt Kontakte zu Brüsseler Entscheidern her. Das gemeinsame Büro wird rotierend von Mitarbeitern der beteiligten Kammern besetzt. Dank dieser Struktur konnte auf wichtige handelspolitische Maßnahmen hingewiesen werden. Außerdem wurden wichtige Gesprächspartner nach Bremen eingeladen, die mit Hintergrundinformationen den interessierten Unternehmen zur Verfügung standen.

Handelskammer gründet Afrika-Kreis

Afrika-Kreis Nord heißt ein neues Unternehmerforum, das im Mai 2002 von der Handelskammer und dem Afrika-Verein gegründet wurde. Bürgermeister Hartmut Perschau und Handelskammer-Vizepräsident Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels begrüßten in der Handelskammer 75 Unternehmer aus Norddeutschland, die Afrika als Wirtschaftspartner stärker in das Blickfeld der Bremer Wirtschaft rücken wollen. Als Sprecher und Berichterstatter konnten Vertreter der Nehlsen AG, der deutschen Afrika Linie, der Walvis Bay Corridor Group sowie der Geschäftsführer der AHK Südliches Afrika, Matthias Boddenberg, gewonnen werden. Der Afrika-Kreis Nord soll regelmäßig stattfinden und interessierten Unternehmensvertretern aus ganz Norddeutschland offen stehen. Ziel ist es, Afrika dauerhaft auf der Agenda der lokalen Wirtschaft zu etablieren und aktuelle Themen aufzugreifen.

Erstes Deutsch-Niederländisches Gesprächsforum in Bremen

Eine positive Bilanz zogen die Teilnehmer und Veranstalter des Deutsch-Niederländischen Unternehmertreffens zum Thema Nahrungsmittelwirtschaft, das im September 2002 in der Handelskammer stattfand. An der Veranstaltung nahmen 125 kleine und mittlere Unternehmen aus dem Raum Norddeutschland und den Niederlanden teil. Rund die Hälfte der Teilnehmer kamen aus den Niederlanden.

Das Interesse an persönlichen Gesprächen mit den Referenten J.W. Wolthuis und Dr. R. Lademann war groß. Die teilnehmenden Firmenvertreter äußerten sich zufriede-



Gespräche in der Kammer mit Vertretern Kubas, Russlands und Sri Lankas

den über die von der Handelskammer gebotene Möglichkeit, neue geschäftliche Kontakte zu potentiellen Partnern aufzubauen und bestehende Verbindungen zu pflegen. Der niederländische Generalkonsul R.G.J. Sterneberg betonte, dass man Bremen zukünftig fest als einen der Veranstaltungsorte für die Unternehmertreffen einplanen werde.

Wirtschaftstag Kuba

Anlässlich eines Delegationsbesuchs veranstaltete die Handelskammer im September 2002 den Wirtschaftstag Kuba. Präses Dr. Dirk Plump und Senator Willi Lemke begrüßten mehr als 60 Teilnehmer. Antonio Carricarte Corona, Präsident der Handelskammer Havanna, und Marta Camacho, Direktorin des Ministeriums für ausländische Investition und wirtschaftliche Zusammenarbeit, referierten über Investitionsmöglichkeiten und gesetzliche Rahmenbedingungen für ausländische Investoren in Kuba. Abgerundet wurde die Veranstaltung von Erfahrungsberichten der Firmen Alfirmex und Nehlsen sowie einem Vortrag über die Hermes-Kreditversicherungen von PriceWaterhouseCoopers. Die rege Teilnahme an der Veranstaltung zeigte, dass das Interesse Bremer Unternehmen am Handelspartner Kuba trotz einer Unterrepräsentanz deutscher Unternehmen in Kuba groß ist. Als die vier wichtigsten Sektoren, in denen ausländische Investoren auf der Karibikinsel investieren können, wurden die Bereiche Tourismus, Biotechnologie, Informationstechnologie und der Energiesektor genannt.

Unternehmerreise nach St. Petersburg

Nach Danzig, Riga und Tallinn stand der Wirtschaftsstandort St. Petersburg im Mittelpunkt des Unternehmerforums der Wirtschaftsjuden in Zusammenarbeit mit der Handelskammer. 45 Vertreter der Wirtschaft reisten nach St. Petersburg, um sich dort über die Rahmenbedingungen für

den Eintritt in den russischen Markt zu informieren. Bei zahlreichen Präsentationen und Gesprächen mit Unternehmen, dem deutschen Generalkonsul Schöning und dem Delegierten der Deutschen Wirtschaft Dr. Stein wurde deutlich, dass Russland ein wichtiger Markt mit guten Perspektiven für die kommenden Jahre ist.

Russland-Tage in Bremen

Bremen hat in den zurückliegenden Jahrzehnten ein dichtes Netz an wirtschaftlichen, kulturellen und wissenschaftlichen Verbindungen zu Russland aufgebaut. Vom 1. bis 30. November 2002 wurden daher in der Hansestadt eine Reihe von Veranstaltungen und Ereignissen auf wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und kultureller Ebene mit Schwerpunkt Russland angeboten. Die „Russland-Tage“ waren ein erfolgreicher Versuch der Forschungsstelle Osteuropa, der Senatskanzlei und der Handelskammer, die bremischen Kompetenzen in Sachen Russland zu vernetzen und gegenüber dem russischen Partner und anderen darzustellen. Der Gesandte der Botschaft der Russischen Föderation, Wladimir P. Matwejew, hatte bei dieser Gelegenheit für das Jahr 2003 die Einladung nach Russland zu einer Wirtschaftsbörse ausgesprochen. Die Handelskammer wird diese Möglichkeit, konkrete Kontakte zu knüpfen, gerne ergreifen.

Indien-Delegation

Im September 2002 trafen sich zwölf indische Unternehmens- und Wirtschaftsvertreter mit 14 deutschen Unternehmern und Vertretern der BIG Bremer Investitionsgesellschaft in der Handelskammer. Ziel war es, Geschäftsmöglichkeiten in Indien sowie indische Kapitalinvestitionen in Deutschland vorzustellen sowie neue Kontakte anzubahnen. Der Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und indischen Unternehmen, Banken und Institutionen war ein wichtiger Bestandteil des Delegationsbesuchs.

Bremen ist ein herausragender Außenwirtschaftsstandort. Deshalb spielen wirtschafts- politische Informationsgespräche mit ausländischen Delegationen (wie hier mit Äthiopien und Indien) eine wichtige Rolle in der Kammerarbeit.





Handel, Dienstleistungen, Recht

Tradition und Moderne: Attraktive Bremer Innenstadt

Vor dem Hintergrund der schwierigen konjunkturellen Lage des Einzelhandels müssen verstärkt auswärtige Kunden und Gäste aus dem Umland für Bremen als Einkaufsstadt gewonnen werden. Dies ist ein Ziel der ehrgeizigen Einzelhandelsgroßprojekte, an denen derzeit mit Nachdruck gearbeitet wird. Der Space Park in Gröpelingen wie auch das Einkaufscenter Haven Hööv't werden neue Besucher in die Stadt führen und zur Stärkung der oberzentralen Funktion Bremens beitragen. Beiden Projekten ist gemeinsam, dass sie neben der Perspektive des Einzelhandels auch einen starken Focus auf die Verbindung von Konsum und Freizeiterlebnis gesetzt haben.

Wie wichtig diese Mischung ist, kann am Beispiel der Bremer Innenstadt verdeutlicht werden. Historisch gewachsene Strukturen und moderne Einkaufsangebote finden sich hier in unmittelbarer Nachbarschaft und tragen dazu bei, Bremen auch für auswärtige Kunden erfolgreich zu positionieren. Durch das Sofortprogramm Innenstadt wird darüber hinaus gewährleistet, dass die zeitgemäße Aufwertung der Haupteinkaufslagen weiter umgesetzt wird. Mit der Umgestaltung des Marktplatzes, der Eröffnung des Kontorhauses am Markt und der Neupflasterung der Sögestraße sind auch im Jahr 2002 wichtige Teilmaßnahmen eines umfassenden Erneuerungsprozesses fertiggestellt worden. Die Handelskammer sieht das Sofortprogramm mit diesen Maßnahmen aber nicht als abgeschlossen an, sondern hat sich erfolgreich für eine Fortsetzung des Programms bis 2010 eingesetzt. Dabei wird es nicht nur darum gehen, noch ausstehende Pro-

jekte abzuschließen, sondern die Innenstadt mit den umliegenden Stadtteilen besser zu vernetzen.

Mit Buddel auf Erfolgskurs

Die Buddel-Kampagnen der vergangenen zwei Jahre haben neben vielem anderen vor allem gezeigt, dass sich selbst unter schwierigen Bedingungen Kunden und Tagestouristen zu einem Besuch der Einkaufslagen bewegen lassen. Dieses Erfolgsbeispiel macht deutlich, dass solche Aktionen in Zukunft nicht nur als Ausgleich zu Baumaßnahmen stattfinden dürfen. Die Handelskammer hat diesen Prozess im Rahmen des von ihr initiierten Sofortprogramms Innenstadt aktiv begleitet und die Erfahrungen aus den beiden Kampagnen in die Diskussion über zukünftige Projekte und Baumaßnahmen sowohl in der Innenstadt als auch in den Stadtteilzentren eingebracht. Aus Sicht der Handelskammer war in beiden Jahren eine der zentralen Botschaften, dass sich über eine gut gestaltete Marketingkampagne und eine begleitende Zusammenarbeit aller Beteiligten auch eine an sich negative Maßnahme aus Sicht des Kunden positiv gestalten lässt. Die Handelskammer wird sich dafür einsetzen, dass diese positive Zusammenarbeit zukünftig auch jenseits von Baumaßnahmen fortgesetzt wird.

Einsatz für die Stadtteilzentren

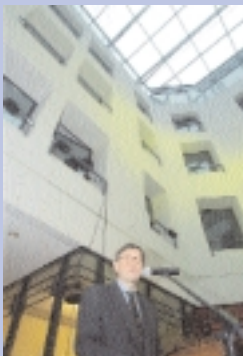
Die Handelskammer hat sich auch im Jahr 2002 für die Belange der Stadtteilzentren eingesetzt. Sie begrüßt daher die Initiative „Pro Stadtteil“ der Senatorin für Bau und Umwelt. In mehreren Stadtteilzentren werden inzwischen konkrete Konzepte zur Verbesserung der Gesamtsituation im Stadtteil erarbeitet. Die Handelskammer beglei-

tet diese Gespräche und wird dafür sorgen, dass die Bedürfnisse der Handels- und Dienstleistungsunternehmen auch weiterhin berücksichtigt werden. Besonders wichtig ist, die Erreichbarkeit der Geschäfte, das Parkplatzangebot und die Abstimmung von Baumaßnahmen im Stadtteil kontinuierlich zu verbessern. Der Arbeitskreis der Werbe- und Interessengemeinschaften unter Leitung der Handelskammer ist weiterhin aktiv. Kontakte, die sich aus diesem Gremium ergeben haben, unterstreichen die Rolle der Handelskammer als Ansprechpartner, Vermittler und Moderator.

Diskussionen um die Gestaltung des Sedanplatzes halten an

Die schwierige Situation des Einzelhandels in Bremen Nord wird vor Ort noch verstärkt durch ungelöste Gestaltungsfragen beispielsweise in der Breite Straße oder am Sedanplatz. Nach mittlerweile mehrjähriger Diskussion um den Sedanplatz ist nach wie vor keine Lösung in Sicht. Ein vorgelegtes Konzept scheiterte an fehlenden Investoren und den schwierigen Eigentumsverhältnissen vor Ort. Die dadurch bedingten Diskussionen um den Standort haben ebenfalls nicht zur Verbesserung beigetragen.

Für das Frühjahr 2003 steht nunmehr mit der Eröffnung des Haven Hööv't ein für den Einzelhandelsstandort Bremen-Nord wichtiges Signal für die Zukunft bevor. Daneben besteht für 2003 die Hoffnung, dass zumindest in der Breite Straße die Überdachung des Fußgängerbereichs angegangen werden kann.



Neues Kontorhaus am Markt, Marktplatz



Wie sich Bremen als Tourismus-Standort entwickeln sollte

Die Tourismus- und Freizeitwirtschaft ist in Bremen eine tragende Säule der wirtschaftlichen Entwicklung mit hervorragenden Perspektiven für die Zukunft. Sie ist in der Lage, ein positives Bremen-Image zu vermitteln, das sich auch auf andere Wirtschaftszweige förderlich auswirkt. Die Zuwachsraten bei den Gästeankünften haben sich in den zurückliegenden Jahren – mit einer konjunkturbedingten Delle im ersten Halbjahr 2002 – positiv und über dem bundesdeutschen Trend liegend entwickelt. Eine kontinuierliche Weiterentwicklung, die die Änderungen in den Marktbedingungen berücksichtigt, ist unabdingbar. Vorrangiges Ziel der Tourismuswirtschaft und der Tourismuspolitik muss daher sein, die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass eine langfristige, positive Entwicklung gesichert wird.

Mit ihrem im Jahr 2000 gegründeten Arbeitskreis Tourismus begleitet die Handelskammer den Prozess der Fort- und Weiterentwicklung der Tourismuswirtschaft Bremens. Sie sieht sich dabei als Partner der Politik und unterstützt unter anderem die Erarbeitung des zukünftigen Landestourismusprogrammes. Dieses Verständnis der Zusammenarbeit liegt dem im Jahr 2002 veröffentlichten Grundsatzpapier „Bremen-Tourismus“ zugrunde, in dem die Handelskammer die Vorstellungen der Wirtschaft für die zukünftige Ausrichtung der Tourismuspolitik formuliert. Für das Jahr 2003 dürfte durch die derzeit in Bau befindlichen Projekte wie Space Park oder die Umgestaltung des Rhododendrenparks eine erneute Belebung des Tourismus in Bremen zu erwarten sein.

Einsatz für die Weiterbildung

Im Bereich der beruflichen Weiterbildungsseminare hatte die Unterrichtung nach dem Gaststättengesetz die größte Bedeutung. Vor dem Hintergrund der Änderung

des Bewachungsgewerbe-Gesetzes zum 1. Januar 2003 hat die Handelskammer in zahlreichen Seminaren – in Kooperation mit dem Bildungszentrum der Wirtschaft im Unterwesergebiet (BWU) – weit über 500 Teilnehmer geschult. Weitere Schulungen mit abschließenden Prüfungen wurden für die Bereiche freiverkäufliche Arzneimittel und Chemikalien-Verbotsverordnung einschließlich Pflanzenschutzsachkunde ausgerichtet.

„Richtig Steuern“ – Aktuelles für kleine und mittlere Unternehmen

Die im Jahr 2001 eingeführte Veranstaltungsreihe „Richtig Steuern“ wurde auch 2002 mit großem Erfolg fortgeführt. In insgesamt elf Veranstaltungen wurden Themen von „Basel II“ über „Rechtsformwahl mittelständischer Unternehmen“ bis zu „Internationale Rechnungslegung“ aufgegriffen. Aber auch angrenzende, unternehmensrelevante Rechtsgebiete fanden je nach Aktualität Aufnahme in diese Reihe. So war die Auftaktveranstaltung Anfang des Jahres mit Informationen zum neuen Schuldrecht die Veranstaltung mit der insgesamt größten Resonanz.

Neues Arbeitsforum für Sachverständige

Die Zahl der Anträge auf öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen und die ungebrochene Nachfrage nach Sachverständigenleistungen bestätigen den hohen Stellenwert des Sachverständigenwesens. Es hat sich gezeigt, dass es im europäischen Wettbewerb der Qualifikationssysteme wegen seiner größeren Flexibilität und seines hohen Qualitätsstandards bestehen kann. Neben einem gemeinsamen Sachverständigenverzeichnis, das vor allem bei den Gerichten auf große Resonanz gestoßen ist, regelmäßigen Info-Briefen und Veranstaltungen zu Sachverständigenthemen hat die Handelskammer in Kooperation mit der IHK Bremerhaven ein regelmäßiges Ar-

beitsforum für die Bremer Sachverständigen konzipiert, das Anfang 2003 starten wird.

Rechtsgrundlagen der Handelskammer überarbeitet

Nachdem bereits im Jahr 2000 die Wahlordnung der Handelskammer überarbeitet und neu gefasst wurde, stand 2002 in Vorbereitung auf die Ergänzungswahl 2003 die Frage der Wahlgruppeneinteilung im Vordergrund. Angesichts der Änderungen in der bremischen Wirtschaftsstruktur der vergangenen Jahre hatte das Plenum bereits im Jahr 2000 eine Beratungskommission zur grundsätzlichen Überprüfung und eventuellen Neuformulierung der Wahlgruppeneinteilung beschlossen. Diese Kommission, bestehend aus Mitgliedern des Plenums, hat konstruktiv und sorgfältig eine neue Gewichtung der Wahlgruppeneinteilung vorgeschlagen. Diese Änderung der Wahlordnung mit den neuen Wahlgruppen „Medien, Kommunikation und Informationstechnologien“ und „Sonstige Dienstleistungen“ wurde vom Plenum am 13. Mai 2002 beschlossen. Wegen der Verzahnung von Wahlordnung und Satzung folgte dann im September eine redaktionelle Anpassung der Satzung. Damit sind rechtzeitig vor der nächsten Ergänzungswahl die wichtigsten Rechtsgrundlagen der Handelskammer komplett überarbeitet.





Verkehr, Häfen, Regionalplanung

A 281 – ein Durchbruch für Bremen

Für den Autobahnring um Bremen konnte im Jahr 2002 durch zwei Ereignisse der Durchbruch zur schnellen Realisierung erreicht werden. Mit dem ersten Spatenstich für die erste Baustufe des zweiten Bauabschnitts zwischen Wartumer Heerstraße und Neuenlander Ring am 3. Juni 2002 durch Bundesverkehrsminister Bodewig, Senatorin Wischer und Senator Hattig konnte nach langer Planung endlich die Umsetzungsphase des Projektes eingeleitet werden. In diesem Zusammenhang bestätigte das Bundesverkehrsministerium, dass es auch Ziel des Bundes sei, den Autobahnring bis zum Jahr 2010 zu schließen.

Von noch größerer Bedeutung ist der bremische Erfolg bei den Verhandlungen mit dem Bund zur Finanzierung der Weserquerung. Mit der gemeinsamen Erklärung von Bund und Land wurde festgelegt, dass die Weserquerung im Zuge der A 281 als privates Betreibermodell realisiert werden soll. Gleichzeitig wurde vereinbart, dass die Querung als Tunnel ausgeführt wird. An den Kosten in Höhe von rund 200 Millionen Euro beteiligt sich der Bund mit einer Anschubfinanzierung von 35 Millionen, Bremen erhöht diese Anschubfinanzierung gegebenenfalls um weitere sechs Millionen Euro. Mit dieser Einigung ist der entscheidende Schritt zur Schließung des Autobahnringes bis zum Jahr 2010 um Bremen getan worden.

Die Handelskammer hatte frühzeitig die Position vertreten, dass nur mit alternativen Finanzierungskonzepten die Realisierung der Weserquerung in absehbarer Zeit möglich ist und auch eine Mautfinanzie-

rung auf Grund der überragenden wirtschaftspolitischen Bedeutung dieses Projektes gerechtfertigt ist. Eine Finanzierung über den Bremen zustehenden Anteil aus dem Bundesverkehrshaushalt wäre dagegen auch auf lange Sicht unmöglich gewesen. Diese Auffassung hat sich bestätigt. In diesem Zusammenhang ist nach Auffassung der Handelskammer auch gemeinsam mit Niedersachsen die zeitgleiche Fertigstellung der B 212 neu sicherzustellen, die eine wichtige Zulaufstrecke für die Weserquerung darstellt.

Begrüßenswert ist auch die Entscheidung zu Gunsten der Tunnellösung, da dies Voraussetzung für die Akzeptanz des Projektes in den betroffenen Stadtteilen ist und andernfalls mit erheblichen Verzögerungen durch entsprechende Widerstände zu rechnen wäre.

Umschlagskapazitäten sichern: CT IIIa, CT IV und Vertiefung der Außenweser

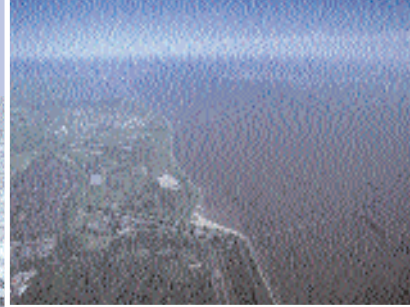
Das Mengenwachstum im Seeverkehr findet in erster Linie im Containerverkehr statt. Die bremischen Häfen müssen sich hierauf einstellen und ihre Umschlagskapazitäten den Anforderungen der Zukunft anpassen, wenn der Wirtschaftsstandort Bremen von dieser Entwicklung profitieren soll.

In diesem Zusammenhang hat der Senat am 5. Februar 2002 beschlossen, über die in Planung befindliche erste Baustufe des CT IV (zwei Liegeplätze) hinaus in einem Zuge auch die Planung für die zweite Baustufe (weitere zwei Liegeplätze) mit dann insgesamt 1.700 Metern Kajenlänge vorzunehmen. Damit reagierte der Senat auf

eine Potenzialprognose von PLANCO, nach der im Jahr 2015 eine Umschlagskapazität von rund 5,6 Millionen Standardcontainereinheiten (TEU) in Bremerhaven vorhanden sein sollte. Dem liegt ein durchschnittliches jährliches Wachstum von 5,4 Prozent einschließlich notwendiger Kapazitätsreserve zu Grunde. Dieser Entwicklung entspricht die Ausbauplanung, nach der CT IIIa im Jahr 2003 und ab dem Jahr 2006 CT IV stufenweise in Betrieb gehen sollen.

Die Stadtgemeinde Bremen und das Land Bremen investieren in diesem Zusammenhang erheblich. Die Baukosten für CT IV belaufen sich auf 498 Millionen Euro. Nach einem Senatsbeschluss vom 17. September 2002 wird die Finanzierung aus Erträgen des Sondervermögens Hafen – ergänzt um zusätzliche Haushaltsmittel – erfolgen.

Voraussetzung für die weitere positive Entwicklung der bremischen Häfen ist jedoch auch die Verbesserung der seewärtigen Erreichbarkeit. Hier ist der Bund in der Pflicht, für einen bedarfsgerechten Ausbau von Außen- und Unterweser zu sorgen. Die derzeitige Fahrwassertiefe der Außenweser beträgt 14 m unter Seekartennull (SKN); sie erlaubt Schiffen mit einem Tiefgang von bis zu 12,80 m das tideunabhängige Anlaufen der Terminals in Bremerhaven. Es sind jedoch bereits heute die ersten Containerschiffe mit Tiefgängen von bis zu 14,50 m im Einsatz, die Bremerhaven schon nicht mehr jederzeit voll beladen anlaufen können. Eine Fahrinnenanpassung der Außenweser um rund 1,5 m auf dann SKN –15,6 m (innere Außenweser) bzw. SKN –16,2 m (äußere



Areal des geplanten Jade-Weser-Ports

Außenweser) ist daher notwendig. Bremen hat in diesem Zusammenhang im Jahr 2000 die weitere Fahrwasseranpassung der Außenweser im fortzuschreibenden Bundesverkehrswegeplan beantragt. Das Bundesverkehrsministerium hat signalisiert, dass sich eine neuerliche Vertiefung auch außerhalb des Bundesverkehrswegeplanes und somit schneller realisieren lässt. Derzeit werden durch die Wasser- und Schifffahrtsdirektion Nordwest vorbereitende Untersuchungen vorgenommen.

Auch für die Hafengruppe Bremen-Stadt ist eine Anpassung an die heute im Massengutverkehr eingesetzten Schiffseinheiten erforderlich, da die Unterweser als seewärtige Zufahrt die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit erreicht hat. Eine Fahrwasservertiefung auf SKN -9,7 m bis Bremen ist daher notwendig.

Um diese Projekte auch auf Bundesebene weiter voranzubringen, hat die Handelskammer im März 2002 leitende Mitarbeiter des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Wohnungswesen zu einem Besuch der bremischen Häfen eingeladen und ihnen die Leistungsfähigkeit und die positiven Entwicklungsperspektiven der Häfen, aber auch die Notwendigkeit des Infrastrukturausbaus vor Augen geführt.

Für die Handelskammer sind der Ausbau der Containerumschlagskapazitäten und die Anpassung von Außen- und Unterweser unverzichtbar für die weitere Entwicklung der bremischen Häfen. Sie ist daher auch Äußerungen des Bundesumweltministers Jürgen Trittin entschieden entgegengetreten, der Ende August 2002 die Notwendigkeit dieser Maßnahmen im Hinblick auf die Entwicklung in Wilhelmshaven bezweifelt hatte. Die Handelskammer hat deutlich gemacht, dass der Jade-Weser-Port nur eine Ergänzung, jedoch keinesfalls ein Ersatz für den Ausbau in Bremerhaven sein kann.

Tiefwasserhafen in Wilhelmshaven

Um für zukünftige Mega-Carrier vorbereitet zu sein, die auch nach der vorgesehenen Vertiefung der Außenweser Bremerhaven nicht erreichen könnten, und um in der Region zusätzliche Umschlagskapazitäten für die Zeit zu schaffen, nach der Bremerhaven einschließlich der Containerterminals CT IIIa und CT IV ausgelastet sein wird, laufen derzeit die Planungen für den Jade-Weser-Port in Wilhelmshaven. An der mit den Planungen betrauten Jade-Weser-Port Entwicklungsgesellschaft haben sich die Stadt Wilhelmshaven sowie die Länder Niedersachsen und Bremen beteiligt. Der Jade-Weser-Port soll gemäß der genannten Vereinbarung als Ergänzung zu den bestehenden Hafenstandorten entstehen und von norddeutschen Unternehmen betrieben werden. Die Handelskammer hat dieses Vorhaben von Beginn an unterstützt, da Wilhelmshaven keine Alternative zu den Ausbaumaßnahmen für Bremerhaven darstellt, sondern eine sinnvolle Ergänzung. Zugleich hat die Handelskammer darauf hingewiesen, dass es für Bremen unerlässlich ist, durch die Mitwirkung bei der Planung, die Beteiligung an der Infrastrukturgesellschaft und insbesondere durch die Einflussnahme auf das Betreiberkonzept eine enge Verzahnung der Bremischen Häfen mit Wilhelmshaven herzustellen.

In diesem Sinne unterstützt die Handelskammer den am 6. November 2003 von den Ländern Bremen und Niedersachsen unterzeichneten Letter of Intent zur Gründung der Realisierungsgesellschaft für den Jade-Weser-Port. Durch ein vergleichsweise überschaubares finanzielles Engagement gewinnt Bremen mit der Beteiligung von 49,9 Prozent an der Realisierungsgesellschaft ein gleichberechtigtes Mitspracherecht und damit einen erheblichen dauerhaften Einfluss auf den Jade-Weser-Port und auf die Hafentwicklung in Norddeutschland über die Grenzen hinaus.

Bremer Kreuz - Planungen vorantreiben

Das Industrie- und Gewerbegebiet am Bremer Kreuz umfasst etwa 300 Hektar Gewerbeflächen und bietet mehr als 8.000 Arbeitsplätze. Im Verbund mit dem Weserpark ist dieses Gebiet Quelle und Ziel eines erheblichen und stetig zunehmenden Verkehrsaufkommens. Dabei hat sich die Nähe zum Autobahnkreuz längst vom Vorteil zum Standortnachteil gewandelt, da die beiden Erschließungsachsen Hans-Bredow-Straße und Thalenhorststraße den Verkehrsmengen nicht mehr gewachsen sind. Staus sind inzwischen an der Tagesordnung, das Gebiet droht an Attraktivität zu verlieren. Seit mehr als fünf Jahren laufen nunmehr Bemühungen, die verkehrliche Erreichbarkeit zu verbessern. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass Teile des Gebietes zur Stadt Achim gehören, die benötigten Zufahrtstraßen wiederum teilweise auf Oytener Gebiet liegen.

In enger Abstimmung mit der Interessengemeinschaft Industriegebiet Bremer Kreuz hat die Handelskammer immer wieder darauf gedrängt, Politik und Unternehmen an einen Tisch zu bringen. Im Ergebnis hat die Kammer dazu beigetragen, dass Gutachten in Auftrag gegeben und Planungen konkretisiert wurden. Danach ist jetzt der Ausbau der Osterholzer Heerstraße vorgesehen, ebenso die Verlängerung der Julius-Faucher-Straße, die Verlängerung der Theodor-Barth-Straße über die A 1 mit optionalem Anschluss an die A 27 sowie die Anbindung der Funkschneise an die Osterholzer Heerstraße. Zusätzlich verfolgt das Land Bremen die Absicht, die Gewerbegebiete Hansalinie und Bremer Kreuz über Europaallee und verlängerte Hans-Bredow-Straße über die A 1 hinweg miteinander zu verbinden. Eine weitere Option stellt die Verknüpfung von Funkschneise und Hans-Bredow-Straße parallel zur Bahnstrecke dar.

Leistungsbilanzen Bremen

Die Handelskammer begrüßt diese Entscheidungen. Für sämtliche Maßnahmen gilt es nun, die Planungen voranzubringen und auf politischer Ebene die zum Teil sehr diffizilen Interessenlagen der Umlandgemeinden mit den bremischen Absichten in Übereinstimmung zu bringen.

Innenstadt muss besser erreichbar werden

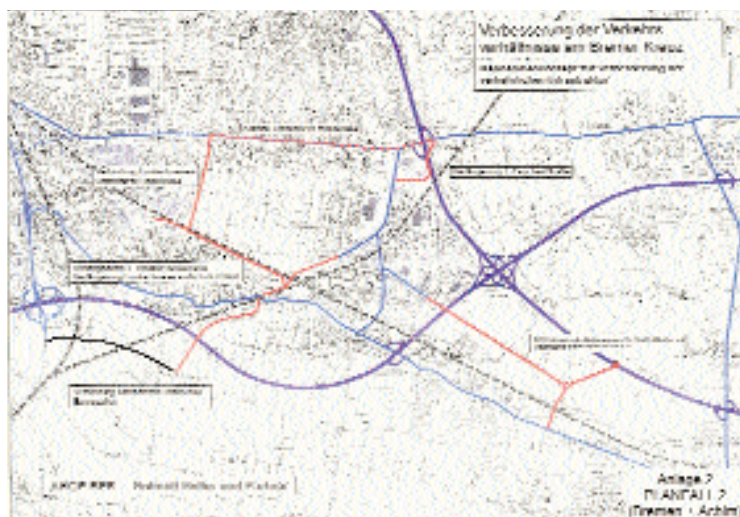
Der bis Borgfeld reichende zweite Bauabschnitt der Verlängerung der Straßenbahnlinie 4 wurde am 6. Dezember 2002 nach knapp 18-monatiger Bauzeit eingeweiht. Eine weitere Fortführung wurde jedoch im Frühjahr 2002 durch den Beschluss des Lilienthaler Gemeinderates, das Planfeststellungsverfahren abzubrechen, bis auf weiteres gestoppt. Dieser abschließende dritte Bauabschnitt bis Falkenberg ist jedoch aus Sicht der Handelskammer für das Erreichen des vollen Verkehrswertes der Gesamtlinie sowie für eine komfortable umsteigefreie Verknüpfung der Bremer Innenstadt mit dem niedersächsischen Umland von außerordentlicher Bedeutung.

Vor dem Hintergrund der Arbeiten an einem Schienenpersonennahverkehrsplan für die Strecke Bremen-Hude-Oldenburg/Nordenham wird derzeit geprüft, ob die Realisierung einer Regionalstadtbahn RSB (Weserbahn/Bremer Straßenbahn AG) oder einer Regio-S-Bahn (Deutsche Bahn AG) von Vorteil ist. Beide Systeme unterscheiden sich im eingesetzten Waggonmaterial, in der Fahrtzeit und Geschwindigkeit sowie in der Zahl der Haltepunkte. Unabhängig von der Systementscheidung, die im Laufe des Jahres 2003 getroffen werden könnte, hat die Handelskammer in einem Schreiben an die zuständigen Senatoren darauf hingewiesen, dass in die Gesamtbetrachtung auch die möglichen Auswirkungen auf die Auslastung der für Gütertransporte zur Verfügung stehenden Gleistrassen, insbesondere in Richtung des zukünftigen Tiefwasserhafens in Wilhelmshaven, einbezogen werden müssen.

Der Gestaltungsbeirat Rembertikreisel hat im Sommer 2002 Empfehlungen zur Umgestaltung dieses Verkehrsbrennpunktes einschließlich des Dobbenwegs und der Schleifmühlenumfahrung formuliert. Die Handelskammer hat in diesem Prozess energisch darauf hingewiesen, dass aus ihrer Sicht eine verkehrliche Leistungsminderung der Knotenpunkte Dobbenweg/Sielwall und Dobbenweg/Bismarckstraße nicht hinnehmbar ist. Vielmehr muss die verkehrliche Leistungsfähigkeit dieses Abschnitts voll erhalten werden. Darüber hinaus wird wichtig sein, dass der vierspurige Ausbau der Schwachhauser Heerstraße zwischen Hollerallee und Dobben einschließlich des Concordiatunnels mit Nachdruck vorangebracht wird.

Schulung, Fortbildung, Prüfungen

Die Handelskammer ist u. a. zuständig für die Überwachung und Anerkennung der Schulungen, die Fortbildung von Gefahrgutfahrern und Gefahrgutbeauftragten sowie die Durchführung der entsprechenden Prüfungen einschließlich der Ausstellung der ADR-Bescheinigungen („Gefahrgutführerscheine“) und der Schulungsnachweise des Gefahrgutbeauftragten. Im Jahr 2002 wurde rund 1.100 Gefahrgutfahrern und 350 Gefahrgutbeauftragten die vorgeschriebene Fachkenntnis im Umgang mit gefährlichen Gütern bescheinigt. Handelskammer-Aufgabe ist auch die Abwicklung der Prüfungen für angehende Unternehmer im Güterkraft- und Straßenpersonenverkehr. 2002 nahmen 100 Personen an diesen Prüfungen teil.



Infrastruktur-Planungen im Bremer Osten

Präses Dr. Plump auf der TopJob 2002 im Weserpark



Aus- und Weiterbildung

Ausbildungsplatzsituation 2002

In den Jahren seit 1996 ist die Zahl der betrieblichen Ausbildungsplätze im Bereich der Handelskammer kontinuierlich angestiegen – sie stagnierte im Jahr 2001 auf einem hohen Niveau. Angesichts der anhaltenden konjunkturellen Schwäche sahen sich die Unternehmen im Jahr 2002 gezwungen, verstärkt Arbeitsplätze abzubauen, mit direkten Auswirkungen auf die Zahl der Ausbildungsplätze. Zwar ergaben sich neue Beschäftigungsmöglichkeiten bei Versicherungen und Finanzdienstleistern sowie unternehmensbezogenen Dienstleistungen; im Bau, Gastgewerbe, Facheinzelhandel sowie im Kreditgewerbe hat die Ausbildungsbereitschaft leicht nachgelassen. Insgesamt verzeichnet die Handelskammer einen Rückgang von 7,2 Prozent an eingetragenen Ausbildungsverhältnissen. Die Zahlen der Neuverträge in den Berufsbereichen Metalltechnik, Bau und Handel spiegeln mit einem Minus von 15,3 Prozent die schwache Konjunktur wider. Die Rationalisierung im Bankensektor erfasste nun auch die Ausbildung. Erstmals seit Einführung der neuen Berufsbilder Ende der 70-er Jahre ist auch im Bereich der IT- und Medienberufe ein Rückgang an Neuverträgen gegenüber dem Vorjahr festzustellen. Insbesondere die IT-Branche befindet sich auch in Bremen in einer Konsolidierungsphase. Im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes haben sich die Ausbildungsplatzzahlen dahingegen eher stabilisiert als zurückentwickelt. Erfreulich ist der Zuwachs an Neuverträgen bei den Versicherungen; hier hat die neu gestaltete Ausbildungsverordnung mit verstärkter Kundenorientierung dazu beigetragen, dass nun auch Agenturen und Makler ihren eigenen

Nachwuchs selbst ausbilden können. Bemerkenswert ist ebenfalls der Zuwachs an Neuverträgen in den in 2000 geschaffenen Gesundheitsberufen. Fünfmal mehr junge Menschen erhielten in 2002 einen Ausbildungsvertrag in den Berufen „Sport- und Fitness-Kaufmann/Kauffrau“ als im Vorjahr. Insgesamt bestätigen neue und modifizierte Ausbildungsverordnungen das Konzept, mit Hilfe neuer Berufe neue Branchen für die Berufsausbildung zu gewinnen.

Weiterbildung erfolgreich

Die berufliche Weiterbildung hat einen hohen Stellenwert. Durchgreifende Veränderungen in der Produktion und Organisation der Betriebe erfordern von den Mitarbeitern eine ständige Anpassung und Weiterentwicklung ihrer Qualifikation. Die IHK-Weiterbildungsprüfungen stehen für Praxisnähe und orientieren sich am Bedarf der Unternehmen. Die handlungsorientierten Weiterbildungsprüfungen, die den Branchenbedürfnissen Rechnung tragen wie etwa der Geprüfte Industriemeister Metall, der Geprüfte Verkehrsfachwirt oder der Geprüfte Versicherungsfachwirt, verzeichnen im Jahr 2002 steigenden Zulauf. Eine verstärkte Nachfrage ist auch in Lehrgängen im Bereich der Anpassungsbildung wie beispielsweise der „Call-Center-Agent IHK“ festzustellen.

Berufsvorbereitung und Abitur

Die Verkürzung von Bildungszeiten ist seit Jahren fester Bestandteil der bildungspolitischen Diskussion. Neben der Straffung und Verkürzung von Studienzeiten in den einzelnen Studienfächern ergeben sich nunmehr auch in der gymnasialen Schulzeit Möglichkeiten, die allgemeine Hoch-

schulreife nach zwölf Jahren zu erreichen. Die Handelskammer begrüßt das Vorhaben, die gymnasialen Bildungsgänge neu zu organisieren, die Lehrpläne zu überarbeiten und die Studentafeln zu verstärken. Schrittweise sollten die Gymnasien flächendeckend so organisiert werden, dass das Abitur nach zwölf Schuljahren abgelegt werden kann. Begrüßenswert ist aus Sicht der Handelskammer auch die Einrichtung der beruflichen Gymnasien mit den vier Fachrichtungen Wirtschaft, Technik, Gesundheit und Soziales sowie Gestaltung und Multimedia. Alle angebotenen Fachrichtungen führen – wie jede gymnasiale Oberstufe – zum Abitur. Die beruflichen Gymnasien erweitern somit das gymnasiale Angebot in Bremen um vier berufsfeldbezogene Varianten. Zu den traditionellen Inhalten kommen ein berufsvorbereitendes Profil und praktische Lehranteile hinzu, ohne hierbei auf die allgemeine Hochschulreife zu verzichten.

Berufliche Schulen – Kompetenzen für Kernaufgaben nutzen

Das duale System der Berufsausbildung mit seiner fachpraktischen und theoretischen Ausbildung in den Unternehmen und Berufsschulen ist für die Mehrzahl junger Menschen die Qualifikationsbasis und der Einstieg in eine berufliche Karriere. Die Handelskammer begrüßt Überlegungen und Planungen, die beruflichen Schulen durch mehr Autonomie und Gestaltungsspielräume zu stärken, damit sie ihren gesetzlichen Auftrag als Partner der betrieblichen Ausbildung noch besser erfüllen können. Neue Berufsbilder und die Strukturveränderungen in der bremischen Wirtschaft verlangen eine größere Flexibilität und stärkere Kundenorientie-



Leistungsbilanzen Bremen

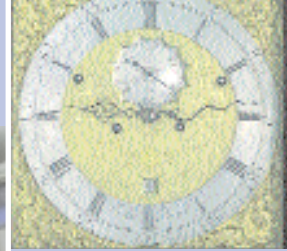
rung. Hierauf müssen sich auch die beruflichen Schulen in Bremen einstellen. Sie sind von bürokratischen Fesseln zu befreien, sollen mehr Spielraum erlangen und entsprechend ihrem Schulprofil in Eigenregie über ihr Personal und ihre Ausstattung entscheiden können. Die Handelskammer warnt jedoch davor, dies zum Vorwand zu nehmen, um über eine Absenkung von Budgets die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen in ihrem gesetzlich festgelegten Kernbereich einzuschränken. Auch eine Ausweitung des Aufgabenspektrums der beruflichen Schulen auf die berufliche Weiterbildung ginge aus Sicht der Handelskammer grundsätzlich zu Lasten der dualen Berufsausbildung und wird von daher weder für notwendig noch für sachgerecht gehalten.

Schulreformen voranbringen

Die Qualität der Berufsausbildung im dualen System ist abhängig von der Qualität der allgemein bildenden Schulen. Nur wenn hier eine vernünftige Basis gelegt ist, wenn Ausbildungsreife und Ausbildungsfähigkeit der Schülerinnen und Schüler gewährleistet ist, kann ein qualifizierter Einstieg ins Berufsleben erfolgen. Die Handelskammer begrüßt die Entscheidung des Koalitionsausschusses vom September 2002 zum Umbau des Bildungssystems in Bremen. Die Überarbeitung der derzeitigen Lehrpläne muss sich an anderen Bundesländern orientieren. Zudem sind die jetzigen Rahmenlehrpläne in Fachlehrpläne mit festgesetzten Standards und verbindlichen Inhalten umzuwandeln. Mit diesen Vorgaben eröffnet sich für Bremen erstmals seit langem die Möglichkeit, bestehende Bildungsdefizite nachhaltig zu beseitigen und die Qualität der Bildung wieder zu erhöhen.

Ausbildungsaktionen 2002

Über die umfassenden Möglichkeiten in der beruflichen Bildung hat die Handelskammer auf zahlreichen Veranstaltungen informiert. Die „TOP Job“ im Februar 2002 und die Berufsorientierungsbörse „BOB“ im September 2002 wurden auf Initiative der bremischen Wirtschaft veranstaltet. An Informationsveranstaltungen wie „Markt der Berufe“ war die Handelskammer ebenso beteiligt wie an der Telefonaktion des Weser-Report im August 2002. Im Kammernmagazin „Wirtschaft in Bremen“ rief Präses Dr. Dirk Plump dazu auf, in der Ausbildungsbereitschaft nicht nachzulassen, sondern einem drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Begleitet wurde der Aufruf durch ein Schreiben an die Unternehmen mit der Bitte um verstärkte Ausbildungsbemühungen. Auf Grund der zahlreichen Rückmeldungen konnten zum Ausbildungsbeginn im September 2002 kurzfristig 116 Ausbildungsstellen besetzt werden. Durch konkrete Unterstützung der Handelskammer konnten noch kurz nach Beginn des neuen Ausbildungsjahres Ende September 25 Jugendliche direkt auf Ausbildungsplätze vermittelt werden. Nicht zuletzt dadurch ist in Bremen die Zahl der Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz gegenüber der des Vorjahres nicht angestiegen.



Zentrale Dienste

Moderne Personalentwicklung

In 2002 hat die Handelskammer wichtige Instrumente einer modernen Personalentwicklung umgesetzt. So fanden Gespräche statt, in denen mit allen Mitarbeitern des Hauses auf Grundlage eines standardisierten Fragenkatalogs individuelle Entwicklungs- und Fortbildungsmöglichkeiten besprochen wurden. Dabei werden künftig auch Zielvereinbarungen für das jeweils folgende Jahr getroffen. Eingeführt wurde überdies ein Prämiensystem, mit dem überdurchschnittliche Leistungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gewürdigt werden können. Seit dem 1. April 2002 besteht ein Gleitzeitsystem, dessen Ziel eine Flexibilisierung ist, zugleich jedoch die Ausweitung der Dienstbereitschaft der Kammer-Mitarbeiter.

Hinter dem Schütting: moderner und kundenfreundlicher

Freundlich und modern präsentieren sich den Besuchern die neuen Arbeitsplätze der 22 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Geschäftsbereichs Aus- und Weiterbildung. Im Sommer 2002 war die erste Etage des Handelskammer-Gebäudes Hinter dem Schütting entkernt und vollständig umgebaut worden. Mit der dringend notwendigen räumlichen Umgestaltung wurden auch die Aufgaben innerhalb der Abteilung neu verteilt. Kleine Teams von jeweils zwei bis vier Mitarbeitern repräsentieren eine moderne und zukunftsorientierte Arbeitsstruktur.

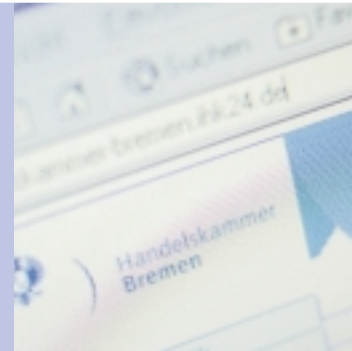
Archiv zieht in den Schütting

Bibliothek und Archiv der Handelskammer werden in Kürze das Medienzentrum der bremischen Wirtschaft bilden. Ende 2002 ist daher das Archiv aus dem Gebäude

Hinter dem Schütting schon einmal in das Haus Schütting umgezogen, wo es bereits in früheren Jahren untergebracht gewesen war. Diese Zusammenlegung wird die in Archiv und Bibliothek vorhandenen Informationen bündeln und für die Nutzer leichter zugänglich machen.



Moderne Personalpolitik: Die Handelskammer hat eine Reihe von Neuerungen eingeführt.



Öffentlichkeitsarbeit

HK24: Wirtschaftsplattform der Handelskammer im Internet

Service und aktuelle Wirtschaftsinformationen rund um die Uhr – dies ist die Idee des grundlegend überarbeiteten Internetauftritts der Handelskammer (HK24), der Anfang November 2002 online gegangen ist. Schon in der Vergangenheit hat die Handelskammer im weltweiten Netz zentrale Wirtschaftsinformationen über Bremen und darüber hinaus gegeben. Jetzt wurde das Angebot deutlich ausgeweitet und nutzerfreundlich gestaltet. Nach wie vor ist die virtuelle Handelskammer unter der gewohnten Adresse www.handelskammer-bremen.de (oder jetzt auch unter www.handelskammer-bremen.ihk24.de) zu erreichen.

Der neue Internetauftritt basiert auf einem modernen Content-Management-System, das nicht nur in die Lage versetzt, die fachliche Kompetenz der Handelskammer-Mitarbeiter verständlich und übersichtlich an die Unternehmen weiterzugeben, sondern auch eine rasche Aktualisierung erlaubt. Ein grundsätzlicher weiterer Vorteil des neuen Systems besteht darin, dass sich immer mehr der insgesamt 82 deutschen Industrie- und Handelskammern an diesem Gemeinschaftsprojekt mit seinen speziell auf die Informationsbedürfnisse der Wirtschaft zugeschnittenen Funktionalitäten beteiligen. Dies ermöglicht den kontinuierlichen Austausch zuverlässiger Wirtschaftsinformationen – im Interesse eines umfassenden Angebots für die bremische Wirtschaft.

Neue Reihe Pressearbeit

Mit einer neuen Veranstaltungsreihe konzentrierte sich die Handelskammer auch auf die Pressearbeit für kleine und mittelständische Unternehmen. Insgesamt vier Veranstaltungen beleuchteten unterschiedliche Aspekte. Den Auftakt machte ein Überblick darüber, wie gute und tragfähige Kontakte zu den Medien entstehen können. Die vertrauensvolle, aber nicht unkritische Zusammenarbeit von Medien und Unternehmen stand im Zentrum der zweiten Veranstaltung. Zwei weitere Themenbereiche waren „Fotos in der PR-Arbeit mittelständischer Unternehmen“ sowie „PR in der Praxis: Organisation, Anforderungen, Kosten“. Insgesamt hatten an der Reihe rund 200 Interessierte teilgenommen.

„Wirtschaft in Bremen“

Das Kammermagazin wurde auch in den zurückliegenden Monaten kontinuierlich weiterentwickelt. Neben redaktionellen Modernisierungen stand im Jahr 2002 vor allem eine Senkung der Herstellungskosten für die Handelskammer an. Ohne Abstriche bei der redaktionellen und drucktechnischen Qualität konnten die Kosten für „Wirtschaft in Bremen“ um etwa 50.000 Euro jährlich gesenkt werden.



Leistungsbilanzen Bremerhaven



Standortpolitik

Tourismus: Mit einem nicht in dieser Größenordnung erwarteten positiven Ergebnis schließt die BIS Bremerhaven Touristik das Jahr 2002 auf der Grundlage der bis zum 1. Oktober 2002 vorliegenden Zahlen ab. Ursache für den Zuwachs an Kunden und Umsätzen ist vor allem die konsequent maritime Marketingstrategie, aber auch der Ausbau von Nischenprodukten/Spezialangeboten und die deutliche Verstärkung von marketing-bezogenen Partnerschaften. Insgesamt rechnet die BIS Bremerhaven Touristik für 2002 mit einem Zuwachs von etwa 13 Prozent, wobei der zunehmende Erfolg des eigenen Pauschalreisekatalogs „Meer erleben“ allein bei neun Prozent liegen wird.

Bewährt hat sich vor allem die Strategie, den Bremerhaven-Tourismus weiterhin entschlossen an den maritimen Besonderheiten der Seestadt festzumachen und mit der Dachmarke „Bremerhaven. Die Welt am Meer“ zu transportieren. Hierbei wurden zwei Partnerschaftsbereiche 2002 weiterentwickelt: Die Marketing-Kooperation innerhalb der vom Senator für Wirtschaft organisierten Ebene „Bremen & Bremerhaven. Zwei Städte – ein Land“ mit der Bremer Touristik Zentrale (BTZ) und eine zunehmend umfangreicher werdende Zusammenarbeit mit den starken Tourismuspartnern der niedersächsischen Tourismusorte im Cuxland und an der Unterweser.

Bremerhaven-Gäste sind hauptsächlich Kurzurlauber/Wochenendtouristen sowie Tagestouristen, wengleich die Aufenthaltsdauer im Durchschnitt bei 2,3 Übernachtungen auch für ein Städtereiseziel wie Bremerhaven relativ hoch liegt. Wenn trotz der noch mangelhaften touristischen

Infrastruktur diese Jahresergebnisse eingebracht werden können, spricht das für die Richtigkeit der maritimen Ausrichtung und ihrer Akzeptanz im Markt.

Für Bremerhavens Touristik-Experten bedeutet dies in der Konsequenz aber auch, dass dieses überdurchschnittlich positive Resümee für 2002 nicht darüber hinwegtäuschen kann, dass eine durchgehend positive Änderung der touristischen Situation in Bremerhaven erst mit einer nachhaltigen Änderung der touristischen Strukturen im neuen Ressort Alter Hafen/Neuer Hafen zu erwarten ist. Hierbei machen Besucherbefragungen sehr deutlich, dass der Aufbau erlebnisorientierter, authentischer Strukturen unverzichtbar ist. Ebenfalls unverzichtbar sind vor allem aber auch klare Investitionen in die Bereiche Kongresse, Tagungen, Incentives, in denen Bremerhaven nach wie vor sehr deutliche Defizite hat, was auf einen bekannten Mangel an zu wenig qualitativ hochwertigen Strukturen im Bereich Hotels und Veranstaltungsfazilitäten zurückzuführen ist.

Der touristische Jahreserfolg 2002 ist keine „Eintagsfliege“, sondern das Ergebnis konsequenter Marketingarbeit und Schaffung von Allianzen und Kooperationen auf vielen Ebenen. Hier lässt sich Bremerhaven auch weiterhin unbeirrt davon leiten, dass Reiseentscheidungen einer Erlebnisregion gelten und nicht allein dem Ziel Bremerhaven. Dies hatte zur Folge, dass die Mitarbeit in der Marketing-GmbH „Die Nordsee. Sieben Inseln – eine Küste“ verstärkt und auch die Kooperation mit der Bremer Touristik Zentrale wesentlich verbessert wurde. Hinzu kommt eine we-

sentliche Betonung mit den Tourismuspartnern in der niedersächsischen Umgebungsregion. Das vom Tourismusausschuss der IHK Bremerhaven im Herbst 2002 vorgelegte Strategiepapier „Nordsee-Tourismus zwischen Weser und Elbe“ unterstreicht dieses deutlich.

Das Ergebnis: Auch im Bereich der Drucksachen war eine erheblich gestiegene gezielte Nachfrage festzustellen, die nach einem sehr deutlichen Anstieg seit 1999, 2000 und 2001 in diesem Jahr noch einmal unerwartet kräftig zulegte. Eine Ursache dafür ist zweifellos das 175. Geburtsjahrsjahr der Stadt Bremerhaven, das vor allem mit der Bremerhaven-Werbung gemeinsam genutzt wurde zu einer touristischen Offensive mit einer Fülle attraktiver Veranstaltungen. Auch diese Besonderheit hat beigetragen zu einem erfreulichen Jahresergebnis, das in der Höhe unerwartet, grundsätzlich aber die Kontinuität der zunehmenden Akzeptanz des Tourismusstandortes Bremerhaven auf gutem Niveau bestätigt.

„Bremerhaven. Erleben und staunen“. Diese Positionierung des maritimen Bremerhaven-Tourismus wird auch künftig die Strategie im Marketing für Bremerhaven begleiten. Hinzu kommen 2003 etliche neue Einrichtungen, wie z. B. die „See-meile“ als maritimer Trail durch die Seestadt Bremerhaven mit weit über 100 Einzelstationen durch den Fischereihafen, entlang der Deichpromenade, durch die City und den Überseehafen.

Einzelhandel: Die Konjunktur springt nicht an und der erhoffte Aufschwung lässt bundesweit auf sich warten. Für den



gesamten Einzelhandel entspricht das Jahr 2002 einem Hindernislauf mit ungeahnten Hürden: In keinem einzigen Monat konnten Umsätze mit positiven Vorzeichen geschrieben werden.

In der Unterweserregion führten die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit, innerstädtische Eigenarten und wohl auch die anhaltende Euro-Diskussion dazu, dass sich die geschäftliche Lage im seestädtischen Einzelhandel eher verschlechtert hat. Allerdings werden in die neu gestaltete Fußgängerzone und in das Projekt im Bereich Alter/Neuer Hafen große Hoffnungen gesetzt. Vor allem die Um- und Neugestaltung der Bremerhavener Innenstadt hat in Teilen der Kaufmannschaft eine Aufbruchstimmung erzeugt.

Großhandel: Der Großhandel in der Seestadt Bremerhaven dürfte die gegenwärtige geschäftliche Lage mit befriedigend bis gut beurteilen. Grundlage dieser Beurteilung ist die Umsatzentwicklung bei allerdings sinkender Ausgabefreudigkeit. Die Zahl der Großhandelsbetriebe ist seit Jahren nahezu konstant. Die Beständigkeit auf zahlenmäßig geringem Niveau ist ein Spiegelbild der begrenzten Absatzmöglichkeiten. Einzig dem Großhandel mit Fisch und Fischprodukten kommt eine überregionale Bedeutung zu. Mit Fertigstellung der festen Weserquerung, dem Wesertunnel, wird sich das Absatzgebiet für den Bremerhavener Großhandel nach Westen merklich öffnen.

IHK-Umfrage zu Transport und Logistik: Zum Teil recht überraschende Ergebnisse förderte die Transport- und Logistik-Umfrage ans Tageslicht, die die IHK Bremerhaven von November 2001 bis Januar 2002 vorgenommen hatte. Demnach blickt die Mehrzahl der Unternehmen optimistischer in die Zukunft als angenommen. Beispielsweise rechnen mehr als 53 Prozent mit einem Umsatzanstieg. Auch

bei den Prognosen zur Investitionsentwicklung entstand ein alles in allem zuversichtliches Bild. Besonders aufmerksam betrachtete die IHK die Umfrageergebnisse in Sachen „Standort Bremerhaven“. Die Unternehmer beklagten vor allem unzureichende Hauptverkehrsstraßen und Ampelsteuerungen, die nicht bedarfsgerecht geschaltet würden. Gute Noten bekamen dagegen die Kommunikationsinfrastruktur und das Hochschulangebot in Bremerhaven, aber auch das hiesige Angebot an Gewerbeflächen.

Straßengüterverkehr im Brennpunkt: Auf großes Interesse stieß eine Veranstaltung der IHK Bremerhaven zu Themen des Straßengüterverkehrs. Vertreter der Polizei und des Bundesamtes für Güterverkehr informierten über Lkw-Kontrollen; ein Repräsentant der DEKRA-Akademie GmbH klärte über die richtige Sicherung der Ladung auf.

Wolfgang Grube, Vorsitzender des IHK-Verkehrsausschusses, befasste sich mit der ab 2003 anstehenden Lkw-Maut auf Autobahnen und warnte eindringlich vor negativen Folgen für die Wirtschaft. Auf Grund der Brisanz der Themen, insbesondere der Lkw-Maut, wurde vereinbart, dass es weitere Informationsveranstaltungen von der IHK Bremerhaven hierzu geben wird.

Gefährliche Güter: Prüfungen bei der IHK – Mehr als 40 Prüfungen für Gefahrgutfahrer und Gefahrgutbeauftragte wurden 2002 von der IHK Bremerhaven abgenommen. Auch einige Sach- und Fachkundeprüfungen für den Güterkraft- und Personenverkehr standen an. Damit erfüllte die Kammer ihren gesetzlichen Auftrag, aber auch die Unternehmen erfüllten ihre Pflicht. Denn erhöhte gesetzliche Auflagen muss erfüllen, wer regelmäßig mit gefährlichen Gütern umgeht (sie also zum Beispiel verpackt oder lagert) und sie auf den Straßen transportiert. Sol-

che Firmen haben einen Gefahrgutbeauftragten zu ernennen. Und die Fahrer mit einem derartigen Beförderungsauftrag müssen an einer Gefahrgutfahrerschulung teilnehmen.

Verkehrskollaps abgewendet: Die Sanierungsarbeiten zwischen den Autobahn-Anschlussstellen Bremerhaven-Süd und Debstedt stellten die Geduld der Auto- und Lastwagenfahrer 2002 auf eine harte Probe. Noch dramatischer wäre die Situation allerdings im Falle der geplanten fünf- bis sechsmonatigen Sperrung der Abfahrt Überseehöfen geworden. Die IHK Bremerhaven, die in die Planungen im Vorfeld der Sanierungsarbeiten nicht rechtzeitig einbezogen worden war, konnte eine Reduzierung der Sperrzeit auf wenige Tage erreichen. Dass es während der „Auffrischung“ der A 27 zu keinem Verkehrskollaps in der Innenstadt kam – auch daran war die IHK maßgeblich beteiligt. Denn sie informierte die Wirtschaft und die wichtigsten Behörden über die notwendigen Verkehrsführungen frühzeitig.



Starthilfe und Unternehmensförderung

Existenzgründungsberatung: Kleinere und mittelständische Unternehmen gehören zu den Leistungsträgern der Gesellschaft und bilden deren Rückgrat. Die Beratung dieser Unternehmen sowie potenzieller Existenzgründer ist eine der ureigenen Aufgaben der Kammerorganisation. Im Rahmen der Beratungstätigkeit für Existenzgründer, aber auch für bereits tätige Unternehmen hat der Existenzgründungsberater der Kammer bis Ende September rund 105 Beratungsgespräche geführt und 16 Stellungnahmen zu den verschiedenen Förderprogrammen des Bundes und des Landes abgegeben.

Insbesondere die Begutachtung von öffentlichen Finanzierungshilfen im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ und die Begutachtung von Bürgschaftsanträgen an die Bremische Bürgschaftsbank standen dabei im Mittelpunkt. Neben der Existenzgründungsberatung gewinnt die Beratung im Rahmen der Unternehmensnachfolge und der Betriebsübernahme an Bedeutung. Ende November hat die IHK Bremerhaven gemeinsam mit der Handwerkskammer und der Kreishandwerkerschaft einen ersten Betriebsübernahmetag unter dem Titel „Chancen in der Region“ durchgeführt.

Wirtschaftsjunioren Bremerhaven – Nützliches Netzwerk mit Spaß-Garantie: Mit ihrer CD „Dies ist unsere Stadt“ erregten die Bremerhavener Wirtschaftsjunioren (WJ) in diesem Jahr in Wirtschafts-Kreisen internationales Aufsehen. Für diese Lobeshymne auf die Seestadt erhielten die WJ auf der bundesweiten und der europäischen Ebene ihrer Vereinigung hohe Auszeichnungen, nämlich den ersten (Bundesrepublik) beziehungsweise zweiten Platz (Europa).

Das Lied schenkten die Wirtschaftsjunioren der Seestadt Bremerhaven zu ihrem 175. Geburtstag. Die Kinderklinik des DRK-Krankenhauses am Bürgerpark wird mit zwei Euro von dem Verkaufspreis unterstützt. „Dies ist unsere Stadt“ soll Optimismus und Zuversicht verbreiten und Bremerhaven von seinen schönsten Seiten zeigen.

Die 54 Mitglieder und 13 Gäste der WJ – ein Zusammenschluss von Führungskräften und selbstständigen Unternehmern – wollen etwas für die Region und den Wirtschaftsstandort tun. Bei ihrem monatlichen „Startertreff“ werden Themen behandelt, die für Gründer und Jungunternehmer von Bedeutung sind, wie zum Beispiel Controlling, Marketing, Mitarbeiterführung oder Steuerschungel. Das Knüpfen vielfältiger Kontakte ist ein weiterer wichtiger Punkt in der Arbeit der WJ. Der Arbeitskreis Schule/Wirtschaft, einer der sieben Arbeitskreise, befasste sich erfolgreich mit einem Bewerbungstraining für Schüler und hielt Vorträge an den Schulen, damit die Verbindung zur Wirtschaft frühzeitig verstärkt wird.

Aus- und Weiterbildung

Bildungswesen: Bundesweit konnten die Unternehmen in Industrie, Handel und Dienstleistungen ihre Ausbildungsaktivitäten in 2002 nicht weiter steigern. Das Angebot an betrieblichen Ausbildungsplätzen ist leicht zurückgegangen. Die Gruppe der unversorgten Bewerber ist bundesweit kleiner geworden. Allerdings gibt es für die Problemgruppen des Ausbildungsmarktes noch keine adäquaten Angebote. Auch gibt es für lernschwache Jugendliche kein hinreichendes Angebot, noch immer bleiben 12 bis 15 Prozent eines Jahrganges ohne Berufsabschluss. Der Übergang von der Schule in die Berufsausbildung sollte auch durch neue, schlanke Berufsbilder mit weniger komplexen Anforderungen erleichtert werden.

Situation in Bremerhaven: Trotz des Engagements der Bremerhavener Wirtschaft sowie der Bemühungen der Kammer konnte zum 30. September 2002 das gute Ergebnis des Vorjahres an dualen Ausbildungsplätzen nicht ganz erreicht werden. Die Zahl der neu eingetragenen Ausbildungsverhältnisse in Industrie, Handel und Dienstleistungen sank um zwölf Ausbildungsverhältnisse von 536 auf 524. Dieses entspricht einem Minus von 2,2 Prozent.

Die Arbeitsverwaltung Bremerhaven meldete zum Stichtag 30.9. 2002 genau 1.375 Stellen (gegenüber dem Vorjahr ein Minus von 89), wovon noch 22 zum Stichtag unbesetzt waren. Von 2.139 erfassten Bewerbern für Berufsausbildungsstellen (Vorjahr 1.934) waren zum Stichtag noch 152 Bewerber nicht untergebracht.



Leistungsbilanzen Bremerhaven

Vor dem Hintergrund der wirtschaftlich immer noch schwierigen Situation und der strukturellen Veränderungen haben Politik und Kammern auch im Jahre 2002 die Wirtschaft aufgefordert, in ihren Ausbildungsanstrengungen nicht nachzulassen. Durch gezielte Beratungen und den Einsatz von Ausbildungsplatzwerbern konnten wiederum etliche Bremerhavener Unternehmen erstmals für die Berufsausbildung gewonnen werden.

Für die Betreuung und Beratung in den neu geschaffenen Ausbildungsberufen beschäftigen die Kammer und die Kreishandwerkerschaft gemeinsam eine Fachkraft. Aufgabe dieses gemeinsamen Mitarbeiters ist unter anderem die Erschließung von Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk in industriellen Ausbildungsberufen. In Kooperation mit einem Industriebetrieb kann auch im Handwerk in den neuen IT-Berufen ausgebildet werden.

Prüfungen in der Berufsbildung: An den Abschlussprüfungen der IHK nahmen im Jahre 2002 insgesamt 779 Auszubildende teil. Im Vorjahr waren es 729 Prüflinge. 682 Prüflinge (87,5 Prozent) bestanden ihre Abschlussprüfung; im Vorjahr betrug die Bestehensrate 86,0 Prozent. Neben den Abschlussprüfungen nahm die IHK für 553 Auszubildende die Zwischenprüfung ab. Im Rahmen von Gruppenumschulungen hat die IHK in den Berufen Florist/-in, Baugeräteführer, Berufskraftfahrer, Fachkraft für Lagerwirtschaft, Verkäufer/-in, Bürokaufmann/-frau, Speditionskaufmann/-frau, Industriekaufmann/-frau insgesamt 172 Teilnehmer geprüft. Die Bestehensquote betrug 76,7 Prozent.

Ausbildungsberater: Die Ausbildungsberater der Kammer haben im Jahre 2002 eine Vielzahl von Betriebsbesuchen durchgeführt und etliche Ausbildungsstellen neu erschlossen. Die Beratungstätigkeit,

insbesondere im Bereich der neuen Ausbildungsberufe, erforderte dabei viel Zeit, führte aber auch zu zusätzlichen Ausbildungsabschlüssen.

Bildungspolitik: Im August 2002 führte die Kammer bei den Ausbildungsbetrieben eine Umfrage zur Ausbildungsreife der Ausbildungsplatzbewerber durch. Aus der Sicht der Ausbildungsbetriebe sind die Eingangsqualifikationen der Schulabgänger auch im Bezirk der Kammer in den letzten Jahren gesunken.

Wie in den Vorjahren engagierte sich die Kammer darüber hinaus über ihre Beteiligung an der Kammergemeinschaft Ausbildung und Bildung (KAB) umfangreich in der Bildungspolitik sowie in der wirtschaftskundlichen Fort- und Weiterbildung von Lehrerinnen und Lehrern allgemeinbildender und beruflicher Schulen.

Der Berufsbildungsausschuss der Kammer trat 2002 zu zwei Sitzungen zusammen. Schwerpunkt der Beratungen war die Ausbildungsplatzsituation in verschiedenen Berufen und in der Region insgesamt. Der Ausschuss ließ sich auch über neue Berufsbilder informieren. Der Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und Auszubildenden (Schlichtungsausschuss) wurde in zwei Fällen um Vermittlung und Schlichtung angerufen.

Fort- und Weiterbildung: Die IHK Bremerhaven nahm die Fortbildungsprüfung für den „Geprüfte/-n Bankfachwirt/-in“ ab. Darüber hinaus hat sie Ausbilderprüfungen sowie die Prüfung „Datenverarbeitung in der kaufmännischen Sachbearbeitung“ abgenommen. Eigene Fortbildungsvorbereitungslehrgänge hat die Kammer im Jahr 2002 für Ausbilder, für Industriemeister der Fachrichtung Lebensmittel und der Fachrichtung Metall sowie für Bilanzbuchhalter durchgeführt und dabei einige im laufenden Jahr neu

begonnen. Auch wurden in Kooperation Zertifikatslehrgänge „Call-Center-Agent“ durchgeführt.

Begabtenförderung: Im Rahmen der Begabtenförderung nach den Richtlinien des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft fördert die IHK gegenwärtig elf Stipendiaten, wovon 2002 neun neu aufgenommen wurden.

Informations- und Ehrungsveranstaltungen: Im Oktober 2002 führte die Kammer in Kooperation mit der Kreishandwerkerschaft Bremerhaven und der Allgemeinen Ortskrankenkasse für Schülerinnen und Schüler der Abgangsklassen 2002/2003 an drei Tagen eine Berufsinformationsmesse durch. Etwa 3.000 Schülerinnen und Schüler haben sich an den drei Standorten im Hause der Kreishandwerkerschaft, der AOK und der IHK angemeldet, um sich bei Geschäftsinhabern, Ausbildern und Auszubildenden über Ausbildungsmöglichkeiten im Handwerk, in der Industrie, im Handel sowie im Dienstleistungs- und Gesundheitswesen zu informieren.

Zu neuen und neu geordneten Ausbildungsberufen führte die Kammer im kaufmännischen wie im gewerblichen Bereich Informationsveranstaltungen für die Ausbildungsbetriebe durch. Ausbilderforen wurden für die IT- und Medienberufe durchgeführt. Die Resonanz der Beteiligten war überaus positiv.



(v.l.): Stadtverordnetenvorsteher Artur Beneken, Bürgerschaftspräsident Christian Weber, Generalkonsulin Susan Elbow, Oberbürgermeister Jörg Schulz, IHK-Präsident Peter H. Greim und Hauptgeschäftsführer Michael Stark

Leistungsbilanzen Bremerhaven

Umwelt

Schiffsanstrich - Verbot von TBT - Übergangsvorschriften: Die Europäische Gemeinschaft hat im Juli die Richtlinie 2002/62/EG verabschiedet, mit der Verkauf und die Verwendung der Chemikalie Tributylzinn (TBT) als Schiffsanstrichfarbe für alle Schiffe ab dem 1. Januar 2003 verboten wird. Studien haben bewiesen, dass TBT eine Gefahr für die Meeresfauna darstellt und außerdem in die menschliche Nahrungskette gelangen kann. In Deutschland erfolgt die Umsetzung mit der „Fünften Verordnung zur Änderung chemikalienrechtlicher Verordnungen“. Die Auswirkung dieser Richtlinie werden europäische Werften spüren. Während sie ab 1. Januar 2003 keine TBT-haltigen Farben mehr einsetzen dürfen, können Schiffe mit diesen Anstrichen weiterhin bis zum Jahre 2008 die EU-Häfen ansteuern. Der Verband für Schiffbau und Meerestechnik (VSM) befürchtet, dass Reeder ihre Aufträge in Nicht-EU-Länder vergeben werden.

Die IHK Bremerhaven hat mit den ortsansässigen Reparaturwerften Kontakt gesucht und Stellungnahmen für die politischen Entscheidungsträger auf Bundes- und Länderebene verfasst. Das enge Raster der deutschen Chemikalienverordnung untersagt neben dem Aufbringen auch das Entfernen von TBT. Im Bundesrat wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, dass es Übergangsvorschriften geben wird, die das Entfernen bei Reparaturaufträgen mit einschließen.

International

IHK als Partner für internationale Märkte: Die IHK Bremerhaven entwickelt sich immer stärker zu einem wichtigen Partner der Unternehmen, wenn es um das Anbahnen und Entwickeln internationaler Geschäftsbeziehungen geht. Das Spektrum der Dienstleistungsangebote, um die sich das IHK-Team International kümmert, ist groß. So wird in persönlichen Gesprächen oder Telefonaten, auf Merkblättern oder Veranstaltungen unter anderem über Länderspezifisches, über Zoll- und außenwirtschaftsrechtliche Bestimmungen oder über Fördermöglichkeiten informiert. Ausländische Firmenadressen werden in Erfahrung gebracht und Kontakte zu internationalen Geschäftspartnern vermittelt. Monatlich kommt außerdem ein Rundschreiben für alle interessierten Unternehmen heraus. Darüber hinaus war die IHK wieder in mehreren tausend Fällen bei Bescheinigungen, Beglaubigungen und Zollbürgschaften gefragt.

IHK-Umfrage zur Außenwirtschaft: Das Wachsen der Europäischen Union und vor allem der „Zugewinn“ Osteuropas kann nicht zuletzt kleinen und mittleren Unternehmen von Nutzen sein. Dass diese Firmen ihre Chancen durchaus erkannt haben und wahrnehmen wollen, ergab eine Außenwirtschaftsumfrage der IHK Bremerhaven. In den nächsten Jahren wollen immerhin 51,5 Prozent der bereits im Ausland tätigen Firmen diese Aktivitäten ausbauen. Als wichtigster Handelspartner haben sich dabei die Niederlande herauskristallisiert, gefolgt von den USA und Dänemark. Firmen, die schon in der Außenwirtschaft aktiv sind, haben große Probleme bei der Suche nach ausländi-

schen Geschäftspartnern. Und Unternehmen, die erst außenwirtschaftlich durchstarten wollen, leiden unter ungenügenden Kenntnissen ihrer Absatzchancen oder unter einer Produktpalette, die für den Export wenig geeignet ist.

IHK Bremerhaven in Brüssel im

Einsatz: Die nordwestdeutschen Industrie- und Handelskammern – darunter die IHK Bremerhaven – sind in Brüssel mit einem Büro vertreten. Im Rotationssystem werden Mitarbeiter der fünf tragenden Kammern in die belgische Hauptstadt entsandt. In diesem Jahr war auch Geschäftsbereichsleiter Wilfried Allers von der IHK Bremerhaven für einige Monate vor Ort. Seine Aufgabe: Lobbyarbeit für die Seestadt und die regionale Wirtschaft.

Generalkonsulin der USA zu Gast in

Bremerhaven: Susan M. Elbow, die ihren Amtssitz in Hamburg hat, besuchte im Herbst 2002 Bremerhaven. Im Mittelpunkt ihres Aufenthaltes standen mehrstündige Arbeitsgespräche mit der Führungsspitze der Seestadt und der IHK Bremerhaven. Das Ziel: Die wirtschaftliche Zusammenarbeit soll intensiviert, die Unternehmensbeziehungen sollen erweitert werden. Fest verabredet wurde u. a. ein Wirtschaftstag USA für die Nordwest-Region am Standort Bremerhaven. Er ist für Herbst 2003 vorgesehen. Am Ende des Besuchs trug sich Frau Elbow im Gebäude der IHK in das Goldene Buch der Seestadt ein.



Recht

Sachverständigenwesen: Der Gesetzgeber hat mit der Gewerbeordnung (§ 36) die Möglichkeit geschaffen, den Gerichten und Behörden, den Unternehmen und Privatpersonen Sachverständige mit besonderer Sachkunde an die Seite zu stellen. Die Überprüfung der besonderen Sachkunde und der persönlichen Eignung obliegt in einem strengen Auswahlverfahren der zuständigen Bestellskörperschaft der Industrie- und Handelskammer.

Im Jahre 2002 hat die Kammer nach Anhörung und Befassung des Sachverständigenausschusses einen Sachverständigen für „Bauphysik, Bauphysikalische Messtechnik“ sowie „Qualitätssicherung in der Bauwirtschaft“ öffentlich bestellt und vereidigt. Darüber hinaus wurden Bestellungen, deren Dauer abgelaufen war, zeitlich befristet verlängert.

Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven betreut gegenwärtig 35 öffentlich bestellte und vereidigte Sachverständige und überwacht deren Tätigkeiten im Rahmen der vorgegebenen Ordnungen.

Wettbewerbsverstöße im Visier: Auch 2002 bemühte sich die Industrie- und Handelskammer um die Sicherung eines fairen Wettbewerbs, indem sie unberechtigte Sonderveranstaltungen unterband und Wettbewerbsverstöße ahndete. Bis Ende des dritten Quartals wurden fünf Räumungsverkäufe wegen Geschäftsaufgabe, Umbau, Brand- und Wasserschadens angezeigt und vorgenommen; in zwei Fällen wurden die angezeigten Räumungsverkäufe nach einer IHK-Beratung abgesagt. Wegen Verstoßes gegen wettbewerbsrechtliche Vorschriften hat die Kammer selbst Abmahnungen ausgesprochen und darüber hinaus die Zentrale zur Bekämpfung unlauteren Wettbewerbs e. V. eingeschaltet. Allerdings kann die Wettbewerbssituation im seestädtischen Einzelhandel insgesamt – trotz der schwierigen wirtschaftlichen Lage – als fair bezeichnet werden.

IHK Service

Hilfe bei der Firmenrecherche: Auch als eine Art „Detektiv“ ist die IHK Bremerhaven gut. Bestimmte Informationen, die zum Anbahnen von Geschäften notwendig sind, stellte sie ihren Mitgliedern 2002 ebenso wie in den Vorjahren bereit. Beispielsweise suchen Unternehmen häufig nach bestimmten Firmen und Produkten oder brauchen Auskünfte zu Handelsregister-Einträgen. Die IHK kann ebenfalls bei Unternehmen weiterhelfen, die nicht im Handelsregister stehen. Auch in diesen Fällen kann sie Name, Gegenstand und Rechtsform ermitteln und weitergeben, sofern diese nicht vertraulich behandelt werden müssen.

Vielfältige Angebote zur Weiterbildung: Mit einer Reihe aktueller und praxisorientierter Seminare unterstützte die IHK Bremerhaven auch 2002 die Wirtschaft bei der beruflichen Weiterbildung ihrer Mitarbeiter und Führungskräfte. Dabei wurden unter anderem die Bereiche Absatzwirtschaft, Personalwesen/Arbeits-technik und Unternehmensführung abgedeckt. Außerdem sorgte die Kammer dafür, dass berufliche Kenntnisse in Informationsveranstaltungen oder In-House-Schulungen auf den neuesten Stand gebracht und vertieft wurden. Zum Weiterbildungskapitel gehören auch fünf Veranstaltungen nach dem Unterrichtsverfahren im Gaststättengewerbe; mehr als 100 Teilnehmer wurden hier gezählt.

Neuer Internet-Auftritt der Kammer: Keine Wünsche offen lässt der Internet-Auftritt der IHK Bremerhaven, der 2002 auf Vordermann gebracht wurde. Die Struktur wurde benutzerfreundlicher, das Design überarbeitet und das Angebot

**IHK im
Internet:
neues Design
und neue
Struktur**



Leistungsbilanzen Bremerhaven



deutlich erweitert. So stellt die Kammer neben ihren Mitarbeitern die Mitglieder der Vollversammlung und des Präsidiums, der Ausschüsse und der Arbeitskreise vor. Möglich ist nun eine alphabetische Suche nach den unterschiedlichsten Aufgabefeldern der IHK und den jeweiligen Ansprechpartnern. Verschiedene Publikationen wie zum Beispiel das völlig neu gestaltete Magazin „Wirtschaft an Strom und Meer“ und die Außenwirtschaftsinformationen können online bestellt oder direkt im Web nachgelesen werden. Wer will, kann unter anderem Formulare und Merkblätter herunterladen. Auch über die zahlreichen Seminare und Veranstaltungen der IHK gibt die aufgefrischte Online-Präsenz einen detaillierten Überblick.

Markenbildung folgt Kundenorientierung IHK: Erfolgreiche Entwicklung zum regionalen Dienstleister: Die Industrie- und Handelskammer Bremerhaven hat ihren Außenauftritt verändert. Sichtbarstes Zeichen ist das neue Logo der IHK. Auch das IHK-Magazin „Wirtschaft an Strom und Meer“ erscheint kostendeckend im geänderten Outfit, ebenso wie alle anderen Publikationen. Von Briefbögen über Visitenkarten bis hin zur Beschilderung an den Türen wurde alles dem neuen Corporate Design angepasst. Hintergrund ist das bundesweite Marketing-Konzept des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), der Dachorganisation aller IHKs.

Zwar bieten alle Industrie- und Handelskammern in weiten Teilen die gleichen Produkte an – sie haben eine gemeinsame gesetzliche Grundlage und sind überall Dienstleister für ihre Mitgliedsunternehmen – aber die IHK-Organisation ist bislang bundesweit zu wenig als einheitliche, starke, zusammen gehörende Organisation erkennbar. Um das künftig zu ändern, wurde in einem ersten Schritt der Dachver-

band umbenannt. Der frühere „Deutsche Industrie- und Handelstag“ (DIHT) wurde zum „Deutscher Industrie- und Handelskammertag“ (DIHK) und trägt damit jetzt „IHK“ im Namen und im Logo.

Umstellung in der IHK Bremerhaven:

Die IHK Bremerhaven schloss sich in ihrem neuen Corporate Design den bundesweiten Empfehlungen gänzlich an. Das alte Erscheinungsbild der Kammer hatte in den vergangenen Jahrzehnten etwas Patina angesetzt, und ein komplettes Face-Lifting war notwendig geworden.

„Wir machen uns stark für Ihren Erfolg“:

Unter diesem Slogan steht das bundesweite Marketing-Konzept der IHK-Organisation. Die Änderung optischer Signale ist nur Teil dieses Marketingkonzepts, womit wesentlich mehr erreicht werden soll: Die Leistungen der Industrie- und Handelskammern werden übersichtlicher, transparenter und erfahrbarer für die Mitgliedsunternehmen – und die IHKs wollen „die erste Adresse“ für Belange der Wirtschaft sein. Durch die angestrebte Reorganisation und Effizienzverbesserung wollen die Industrie- und Handelskammern ihre Produkte bundesweit in vergleichbarer Qualität anbieten.

Die IHK Bremerhaven versteht das Marketingkonzept als Selbstverpflichtung: Wir wollen und werden unsere Leistungen am Bedarf der Mitgliedsunternehmen ausrichten und unsere Funktion als einzige Vertreterin des Gesamtinteresses der Regionalwirtschaft weiter optimieren. An dem Versprechen „Wir machen uns stark für Ihren Erfolg“ dürfen Sie uns messen.





Der Automobilumschlag ist mit rund 1,2 Millionen Fahrzeugen jährlich ein wichtiger Faktor in der maritimen Wirtschaft Bremerhavens. Er bietet die Grundlage für rund 3.300 Arbeitsplätze in der Stadt. Bremerhaven ist eine der wichtigsten Automobildrehscheiben Europas.

Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen

Ehrenamt in Bremen

Die Handelskammer ist die Selbstverwaltung der bremischen Wirtschaft und wird von ihren rund 29.000 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 3000 Personen ehrenamtlich in der Handelskammer – in Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien sowie als Prüfer und Sachverständige. Dem Plenum, dem höchsten Kammergremium, gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Vorstandsvorsitzende großer Bremer Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der Handelskammer Bremen

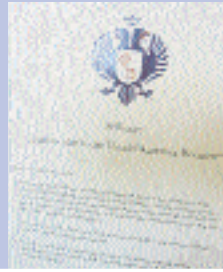
Dr. Dirk Plump, Präses
Detthold Aden, Vizepräses
Bernd Hockemeyer, Vizepräses
Peter Lürßen, Vizepräses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Stefan Storch, Vizepräses
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels, Vizepräses

Mitglieder des Plenums der Handelskammer Bremen

Detthold Aden, Vizepräses
Dieter Ammer
Matthias Claussen
Jörg Conrad
Heiner Dettmer
Sven Dose
Harald Emigholz
Berend Jürgen Erling
Annegret Hastedt
Dr. Peter Haßkamp
Irmtraud Heuß
Bernd Hockemeyer, Vizepräses
Heino Iseemann
Karsten Kieserling
Josef Kind
Nils Koerber
Peter Koopmann
Herbert Korte
Michael Krömker
Otto Lamotte
Joachim Linnemann
Peter Lürßen, Vizepräses
Janina Marahrens-Hashagen
Stefan Messerknecht
Hasso G. Nauck
Jürgen Oltmann
Lutz H. Peper
Dr. Dirk Plump, Präses
Jürgen Roggemann, Vizepräses
Fritz Rößler
Hans-Herbert Saacke
Inge Sandstedt
Hans-Joachim Schnitger
Michael Schroiff
Hans-G. Schumacher
Tilman Werner Sieglin
Stefan Storch, Vizepräses
Walter Thye
Heinz-Jürgen Wagner
Christoph Weiss
Dr. Patrick Wendisch, Vizepräses
Prof. Dr. h.c. Bernd-Artin Wessels, Vizepräses

**Sitzung des Plenums,
hier mit Bürger-
meister Dr. Henning
Scherf als Gast**





Schülerpreis der Bremer Wirtschaftsunioren, die 2002 ihren 50. Geburtstag feierten

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Kommissionen der Handelskammer Bremen:

Haushaltsausschuss	Vorsitzender: Präses Dr. Dirk Plump, (Rechnungsführer: Vizepräses Dr. Patrick Wendisch)
Kommission für den Jahresbericht Mittelstandsausschuss	Vorsitzender: Präses Dr. Dirk Plump Vorsitzender: Berend Jürgen Erling
Ausschuss für Industrie, Umwelt- und Energiefragen	Vorsitzender: Hans-Herbert Saacke
Ausschuss für Telekommunikation und neue Medien	Vorsitzender: Stefan Messerknecht
Außenwirtschaftsausschuss	Vorsitzender: Matthias Claussen
Ausschuss für Verkehr, Distribution und Logistik	Vorsitzender: Harald Emigholz
Hafenausschuss	Vorsitzender: Peter Koopmann
Ausschuss für Einzelhandel und verbraucherorientierte Dienstleistungen	Vorsitzender: Vizepräses Stefan Storch
Ausschuss für Stadtentwicklung und Regionalplanung	Vorsitzender: Joachim Linnemann
Berufsbildungsausschuss	Vorsitzende: Antje Edel
Sachverständigenausschuss	
Fachkreis Insolvenzfragen	
Arbitrage-Kommission	

- Hauptgeschäftsführung/
Grundsatzfragen der Wirtschafts- und
Finanzpolitik:
Dr. Matthias Fonger
- Mittelstand, Stadtentwicklung:
Uwe A. Nullmeyer
- Industrie, Innovation, Umwelt:
Dr. Jens Schröder
- International:
Volkmar Herr
- Handel, Dienstleistungen, Recht:
Dr. Torsten Slink
- Verkehr, Häfen, Regionalplanung:
Dr. Andreas Otto
- Aus- und Weiterbildung:
Karlheinz Heidemeyer
- Zentrale Dienste:
Günther Lübbe

Arbeitskreise der Handelskammer Bremen

- Arbeitskreis Kultur-Wirtschaft
- ERFA-Kreis Informations- und
Kommunikationstechnologien
- Arbeitskreis Betriebsbeauftragter
Umweltschutz
- Arbeitskreis Umweltmanagement
- Arbeitskreis Sofortprogramm
Innenstadt/Nebenzentren
- Arbeitskreis Tourismus
- Arbeitsgruppe Prüfungswesen
- Arbeitsgruppe Ausbildungsberatung
und Prüfung der Arbeitsstätte
- Juniorenkreis

Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen

Ehrenamt in Bremerhaven

Die IHK Bremerhaven ist die Selbstverwaltung der Bremerhavener Wirtschaft. Sie wird von rund 4600 Mitgliedsunternehmen getragen. Aus diesem Kreis engagieren sich mehr als 640 Personen ehrenamtlich in den Arbeitskreisen, Ausschüssen und anderen Gremien der IHK sowie als Prüfer und Sachverständige. Der Vollversammlung gehören Einzelhändler und Inhaber mittelständischer Betriebe ebenso an wie Spitzen der großen Bremerhavener Unternehmen.

Mitglieder des Präsidiums der IHK Bremerhaven

Dipl.-Ing. Peter H. Greim, Präsident

Dipl.-Bw. Claus Brüggemann, Vizepräsident

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Ingo Kramer, Vizepräsident

Dipl.-Ing. Rolf Niemeyer, Vizepräsident

Dr. jur. Ulrich Nußbaum, Vizepräsident

Dipl.-Wirtsch.-Ing. Emanuel Schiffer, Vizepräsident

Dipl.-Ing. Horst Wübben, Vizepräsident

Dr. jur. Joachim Ditzen-Blanke, Ehrenpräsident

Mitglieder der Vollversammlung der IHK Bremerhaven

Martin Billhardt
Claus Brüggemann, Vizepräsident
Günther Coordes
Dr. Joachim Ditzen-Blanke, Ehrenpräsident
Roswitha Ditzen-Blanke
Peter Döll
Christian Ehlers
Gerhard Figge
Lars Giesecking
Peter H. Greim, Präsident
Jens Grotelüschen
Wolfgang Grube
Klaus Hartmann
Claus von der Heide
Dr. Hartmut Hesel
Dr. Rainer Huismans
Hans-Jürgen Iben
Heinrich F. Kistner
Ingo Kramer, Vizepräsident
Jürgen Krömer
Werner Lüken
Eva Naber
Rolf Niemeyer, Vizepräsident
Dr. Ulrich Nußbaum, Vizepräsident
Prof. Dr. Thomas Rogge
Emanuel Schiffer, Vizepräsident
Stephan Schulze-Aissen
Folkert Tienken
Tasso Weber
Monika Weerts
Gerd Welge
Horst Wübben, Vizepräsident
Gert Würfel



Der Tourismus-Ausschuss bei der Arbeit



Prominenz beim Gästeabend der Kammer: (v. l.) Staatsrätin Winther, Oberbürgermeister Schulz, Senator Perschau, Präsident Greim

Geschäftsbereiche

Ausschüsse und Arbeitskreise der IHK Bremerhaven

Absatzwirtschaft, Handel, Dienstleistungen	Vorsitzender: Horst Winkel
Berufsbildungsausschuss	Vorsitzender: Rolf Niemeyer
Fischwirtschaftlicher Ausschuss	Vorsitzender: Lars Gieseking
Hafenwirtschaftlicher Ausschuss	Vorsitzender: Prof. Dr. Thomas Rogge
Sachverständigen Ausschuss	Vorsitzender: Gerhard Feld
Tourismus-Ausschuss	Vorsitzender: Hennig Goes
Verkehrsausschuss	Vorsitzender: Wolfgang Grube
Arbeitskreis „Wirtschaftsstruktur Region Bremerhaven“	Sprecher: Prof. Dr. Thomas Rogge

- Hauptgeschäftsführung/
Grundsatzfragen, Standortpolitik,
Tourismus, Marketing:
Michael Stark
- Aus- und Weiterbildung, Handel,
Recht, Starthilfe und Unternehmens-
förderung:
Martin Johannsen
- International, Innovation/Umwelt,
Industrie:
Wilfried Allers
- Zentrale Dienste:
Hans-Hermann Witthohn

Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremen

Gegenstand der Stellungnahme

Vertiefung der Außen- und Unterweser

Komplettierung des Autobahnringes um Bremen durch die A 281 mit Weserquerung

Umbau der Hamburger Straße - zeitweise Herausnahme des Straßenbahnverkehrs während der Bauphase zwischen Lüneburger und Stader Straße

SPNV-Konzepte für die Region Bremen

Abschaffung des Interregio

Änderung der Bremischen Hafengebührenordnung

Steuerbefreiung der Umsätze für die Seeschifffahrt und für die Luftfahrt

Änderung der Landeentgelte für den Verkehrsflughafen Bremen

Änderung der Vergabeverordnung im Bereich Schienenpersonennahverkehr

Umsetzung der Richtlinie 2000/59/EG über Hafenauffangeinrichtungen für Schiffsabfälle und Ladungsrückstände

Bebauungsplan 2198 sowie 78. Flächennutzungsplanänderung Bremen 1983 für das Gebiet Hohentorshafen/Woltmershausen

Umgestaltung Schlüsselkorb

Duckwitzstraße - Neuaufteilung des vorhandenen Straßenraumes mit Realisierung eines besonderen Bahnkörpers für die Straßenbahn

Schwaneweder Straße, 2. Bauabschnitt

Erschließung der HafenVorStadt

gerichtet an

Ministerpräsident Siegmund Gabriel,
Bürgermeister Dr. Henning Scherf

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Bau und Umwelt

Der Senator für Bau und Umwelt,
Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Bremische Bürgerschaft

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Finanzen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Bevollmächtigte der Freien Hansestadt Bremen beim Bund für Europa und Entwicklungszusammenarbeit, Der Senator für Bau und Umwelt, Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Der Senator für Wirtschaft und Häfen

Amt für Stadtplanung und Bauordnung

Amt für Straßen und Verkehr

BPR Beraten | Planen | Realisieren

Bauamt Bremen-Nord

Amt für Straßen und Verkehr

Gegenstand der Stellungnahme

gerichtet an

Buntentorsteinweg - Umplanung zwischen Kirchweg und Kornstraße	BPR Beraten Planen Realisieren
Stellungnahme zum Wasserschutzgebiet Vegesack	Senator für Bau und Umwelt
Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der UVP-Änderungsrichtlinie und weiterer europarechtlicher sowie bundesrechtlicher Vorschriften zum Umweltschutz	Senator für Bau und Umwelt
Stellungnahme der fachkundigen Stelle zur Tragfähigkeit der Existenzgründung nach § 57 Abs. 2 Nr. 2 SGB III	Arbeitsamt Bremen
Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen an kleine und mittlere Unternehmen im Rahmen des Landesinvestitionsförderungsprogramms, LIP	WFG, Bremer Wirtschaftsförderung GmbH
Anträge auf Ausstellung von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	Arbeitsamt Bremen
Fachliche Stellungnahmen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Eigenkapitalhilfe bei Existenzgründungs- und Unternehmensübernahmeverhaben	Deutsche Ausgleichsbank
Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften	Bürgschaftsbank Bremen GmbH
Stellungnahme zur Rahmenvereinbarung zum elektronischen Vergabewesen	DIHK
Stellungnahme zum Entwurf der Novellierung der Bremer Baumschutzverordnung	Senator für Bau und Umwelt
Stellungnahmen zu Verfahren zur Aufhebung des Landschaftsschutzes im Bereich Mahndorfer Marsch und Bremen-Blumenthal	Senator für Bau und Umwelt
BUSC im Rahmen der Stärkung der bremisch-amerikanischen Beziehungen unter Nutzung vorhandener Institutionen	Staatsrat Prof. Dr. Reinhard Hoffmann, Chef der Senatskanzlei, Staatsrat Dr. Uwe Färber, Senator für Wirtschaft und Häfen, Senatsdirektor Klaus-Wilhelm Timm, Senator für Wirtschaft und Häfen
Entwurf einer Fortschreibung des Außenwirtschaftskonzepts von 1997/98	Senatsdirektor Klaus-Wilhelm Timm, Senator für Wirtschaft und Häfen
Neuordnung der Außenwirtschaftsrepräsentanzen von BBI im Ausland ab 2003	BIG Bremer Investitions-Gesellschaft
Anträge auf Erteilung der Aufenthaltserlaubnis für eine selbständige oder vergleichbare unselbständige Gewerbeausübung von Ausländern (Nicht-EU-Staaten) im Bereich Export/Import (Außenhandel)	Stadtamt Bremen, Ausländerbehörde
Stellungnahme zur Tragfähigkeit der Existenzgründung (Überbrückungsgeld-Anträge)	
Gewerbeausübung durch Ausländer	
UK-Zurückstellungen vom Wehrdienst	
Stellungnahme zur Verordnung zur Verkaufsförderung (Kom (2001) 546 eng . als auch zum Grünbuch zum Verbraucherschutz (Kom(2002) 531 endg.)	DIHK, Europäisches Parlament

Ehrenamt, Geschäftsbereiche, Stellungnahmen

Stellungnahmen Bremerhaven

Gegenstand der Stellungnahme

Stellungnahme zur Fortschreibung Außenwirtschaftskonzept (AWK) 2010 des Landes Bremen

Stellungnahme zur Neufassung des Lebensmittelhygienegesetzes

Stellungnahmen zur Gewährung von Zuschüssen zur Förderung der Außenwirtschaft

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen im Gelegenheitsverkehr mit Taxen

Stellungnahmen zur Erteilung von Genehmigungen von Linienverkehren mit Kraftomnibussen

Stellungnahmen zu Anträgen der Gewerbeausübung durch Ausländer

Stellungnahmen zu Zurückstellungs- und Unabkömmlichkeitsanträgen vom Wehrdienst

Anträge auf Gewährung von Investitionszuschüssen (GRW)

Fachliche Stellungnahmen im Zusammenhang mit einem Antrag auf Eigenkapitalhilfe bei Existenzgründungs- und Unternehmensübernahmehorhaben

Stellungnahmen zu Ausfallbürgschaften

Gewerbeausübung durch Ausländer

Stellungnahme zur Änderung der Ladenöffnung im Gebiet Schaufenster Fischereihafen

Stellungnahmen zu Messen, Märkten, Ausstellungen

gerichtet an

Senator für Wirtschaft und Häfen

Senator für Wirtschaft und Häfen

Bremerhavener Gesellschaft für Investitionsförderung und Stadtentwicklung mbH

Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven

Senator für Bau und Umwelt

Verwaltungspolizei der Seestadt Bremerhaven

Senator für Wirtschaft und Häfen, Bereich UK-Angelegenheiten

BIS GmbH

Deutsche Ausgleichsbank

Bürgschaftsbank Bremen GmbH

Verwaltungspolizei Bremerhaven

Senator für Wirtschaft und Häfen

Verwaltungspolizei Bremerhaven

Impressum

Herausgeber Handelskammer Bremen
Am Markt 13
28195 Bremen
Tel. 0421.36 37-0
www.handelskammer-bremen.de
service@handelskammer-bremen.de

Industrie- und Handelskammer Bremerhaven,
Friedrich-Ebert-Str. 6
27570 Bremerhaven
Tel. 0471.9 24 60-0,
Fax 0471.9 24 60-90,
www.bremerhaven.ihk.de, info@bremerhaven.ihk.de

Redaktion Dr. Stefan Offenhäuser

Grafik, Realisation Dr. Christine Backhaus

Fotos Frank Pusch, Jörg Sarbach, Wolfhard Scheer,
studio b, Jan Rathke, Jörg Baufeld,
BIS Bremerhaven, Hero Lang, Michaela Wehr,
Martina Weigt, Bremer Investitions-Gesellschaft,
Heiner Kropp, AN-Windenergie Bremen

Druck Druckerei Asendorf

Januar 2003

www.handelskammer-bremen.de

www.bremerhaven.ihk.de